

Berichte

Das Magazin des Difu



Aus dem Inhalt

- 4** **Standpunkt**
Mit Bodenpolitik gegen
entfesselte Immobilien-
märkte
- 8** **Forschung & Publikationen**
Ressourcenschutz für
Kommunen zunehmend
wichtig
- 14** **Neue Projekte**
Difu bildet Lehrlinge in
Kommunen zu Energie-
und Klimascouts fort
- 27** **Veranstaltungen**
Mobilitätskonzepte
zur Bewältigung der
Energiewende

Editorial

Standpunkt

- 4 Entfesselten Immobilienmärkten mit konsequenter Bodenpolitik begegnen

Forschung & Publikationen

- 6 Hohe Umwelt- und Aufenthaltsqualität trotz Verdichtung der Städte
- 7 Effektive Städtebauförderung braucht genug Personal und einfache Verfahren
- 8 Ressourcenschutz wird in Kommunen zunehmend wichtig
- 9 Ausgezeichnete Klimaaktivitäten geben Impulse für Kommunen
- 10 Empfehlungen für die kommunale Überflutungsvorsorge entwickelt
- 11 Aktuelle Fachbeiträge zu wichtigen Radverkehrsthemen online abrufbar

Neue Projekte

- 14 Flächen für die Zukunft sichern
- 14 Quo vadis Wirtschaftsförderung?
- 15 Klima- und Energiescouts
- 15 Kommunale Klimabühne

Veranstaltungen

- 21 Veranstaltungsvorschau
- 22 Schulbau und „Bildungsarchitektur“ – Luxus in Zeiten knapper Kassen?
- 23 Wohnungsmarktbeobachtung in den Kommunen: Praxis, Fragen, Trends
- 25 (Inklusive) Kinder- und Jugendhilfe aktiv miteinander gestalten
- 26 Radverkehrspolitik erfolgreich umsetzen durch mehr Platz fürs Rad
- 27 Welche Mobilitätskonzepte helfen bei der Verkehrswende?
- 28 Aktionstage zum kommunalen Klimaschutz in 18 Kommunen
- 29 Überflutungsvorsorge ist eine kommunale Gemeinschaftsaufgabe
- 30 Energie- und Klimaschutzexperten beraten Zukunftsfragen
- 31 Forschungsagenda zum urbanen Umweltschutz veröffentlicht

Nachrichten & Service

- 12 Ulm neu im Kreis der Difu-Zuwenderstädte
- 16 Was ist eigentlich ... Infrastrukturbedarf?
- 17 Veröffentlichungsüberblick
- 19 Difu-Service für Zuwender
- 20 Impressum
- 32 Difu-Intern: Abschied und Neubeginn
- 33 Difu aktiv
- 34 Neues im Difu-Inter-/Extranet
- 35 Difu-Presseresonanz

Editorial



Fotos: David Ausserhofer

Liebe Leserin, lieber Leser,

„Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Dieses Zitat steht nicht im Wahlprogramm einer Partei, es ist der Artikel 14 Absatz 2 im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland.

Die sich zuspitzenden Probleme bei der Wohnraumversorgung in wachsenden Regionen verdeutlichen die Notwendigkeit einer vorausschauenden, am Gemeinwohl orientierten Bodenpolitik. Mit Blick auf die langen Schlangen Wohnungssuchender, die wachsende Zahl Wohnungsloser und rekordverdächtige Steigerungsraten bei Immobilienpreisen und Mieten, ist es allerhöchste Zeit, nach diesem in den letzten Jahren in den Hintergrund geratenen Artikel unseres Grundgesetzes auch zu handeln. Denn Wohnraumversorgung darf kein Modethema sein, es wird die Kommunen als Zukunftsthema mit hohem Handlungsdruck weiter beschäftigen – das zeigte erneut das OB-Barometer 2018 des Difu. Warum das so ist und was dagegen getan werden könnte, darauf geht Prof. Dr. Arno Bunzel in seinem Standpunkt „Entfesselten Immobilienmärkten mit konsequenter Bodenpolitik begegnen“ ein (siehe nächste Seite).

Zu diesem Themenkomplex finden Sie auch eine Reihe von Beiträgen im neuen Berichte-Magazin – Städtebauförderung, Flächensicherung, Wohnungsmarktbeobachtung, Schulbau und Aufenthaltsqualität trotz Verdichtung sind die Stichworte. Aber auch mit weiteren kommunalrelevanten Themenschwerpunkten wie Klimaschutz, Mobilität, Wirtschaftsförderung oder Kinder- und Jugendhilfe beschäftigen wir uns im aktuellen Heft.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre und grüßen herzlich

Prof. Martin zur Nedden
Wissenschaftlicher Direktor, Geschäftsführer

Dr. Busso Grabow
Geschäftsführer

Entfesselten Immobilienmärkten mit konsequenter Bodenpolitik begegnen

Städte und Gemeinden müssen über den Ankauf von Flächen das Heft des Handelns wieder in die Hand nehmen. Bund und Länder sind gefordert, sie dabei wirksam unterstützen.

Egal wo und was – Immobilien versprechen heute fast immer ein gutes Geschäft. Die perspektivische Nutzung des Bodens oder ein konkreter Bedarf spielen dabei eine immer geringere Rolle. Was das Investment in Immobilien auch angesichts vergleichsweise schlechter Anlagealternativen so attraktiv macht, ist die Erwartung großer Wertsteigerungen ohne weiteres Zutun. Und das Absurde am Ganzen: Der durch die Wertsteigerungen bewirkte Vermögenszuwachs muss häufig nicht einmal versteuert werden.

Institutionelle aber auch andere global agierende Anleger haben die Renditechancen erkannt. Es wird in einem beispiellosen Umfang in den Ankauf von Immobilien – vor allem, aber nicht nur – in den großen und wachsenden Städten in Deutschland investiert. In Berlin beispielsweise stammt heute bereits mehr als die Hälfte des in den Ankauf von größeren Immobilien investierten Kapitals aus dem Ausland. Die Immobilienpreise sind hier seit 2004 um exorbitante 139 Prozent gestiegen. In München hatte die Steigerung bei einem deutlich höheren Ausgangsniveau mit 137 Prozent ein ähnliches Niveau und auch andere Großstädte beobachten eine Preissteigerung, welche um ein Mehrfaches über der Steigerung der Verbraucherpreise liegt.

Trotz der durchaus kritischen medialen Begleitung sowie Interventionen aus der Fachwelt wird die Dimension der zu erwartenden Probleme nach wie vor massiv unterschätzt. Anders lassen sich die zurückhaltenden Ausführungen des zwischen CDU und SPD ausgehandelten Koalitionsvertrages nicht erklären und auch nicht die immer noch zu beobachtende Zurückhaltung vieler Kommunalpolitiker gegenüber einer entschlossenen kommunalen Bodenpolitik.

Wie wirkt sich die Preisrallye in den betroffenen Städten aus? Die sozialen und räumlichen aber auch ökonomischen und ökologischen Wirkungen sind in ihrer Konsequenz dramatisch:

- Die hohen Grundstückspreise sind mit teilweise bereits mehr als 50 Prozent der Gesamtkosten zum entscheidenden Preistreiber bei den Erstellungskosten für neue Wohnungen geworden und damit zum grundlegenden Problem

der Schaffung von Wohnraum für Gering- und Normalverdiener. Die aktuell diskutierte Reduzierung von Standards dürfte dagegen kaum ins Gewicht fallende Entlastungen bringen.

- Immer häufiger werden baureife Grundstücke allein aus spekulativen Erwartungen ohne Bau- oder Nutzungsabsicht erworben und stehen für den dringend erforderlichen Wohnungsbau nicht zur Verfügung.
- Das gleiche gilt zunehmend auch für (potenzielle) Gewerbegrundstücke, bei denen häufig auch auf eine Umwidmung spekuliert wird. Auch deshalb sind mit wachsender Tendenz Engpässe bei verfügbaren gewerblichen Immobilien spürbar.
- Die aktuell bestehenden Preise für Wohnimmobilien (vierzigfache anstatt wie früher fünfzehn- bis zwanzigfache Jahresmiete) befeuert die Preisspirale bei Neuvermietungen. Die Steigerungen kommen – vermittelt über die Anpassung der Mietspiegel – auch bei den Bestandsmieten an. Weniger zahlungskräftige Bevölkerungsgruppen werden an die Peripherie oder ganz aus den Städten verdrängt.
- Die zunehmende sozialräumliche Polarisierung der Städte wird zu einer enormen Herausforderung für das Gemeinwesen, denn es entstehen neue soziale „Brennpunkte“.
- Der Bau bezahlbarer Mietwohnungen findet im Wesentlichen nur noch durch kommunale Wohnungsunternehmen und Genossenschaften statt. Private Investments in Wohnungsbauprojekte sind in der Regel auf schnelle Rendite durch den Verkauf von Eigentumswohnungen angelegt. Immer häufiger stehen als Anlageobjekt erworbene Eigentumswohnungen auch leer, da der Weiterverkauf und eben nicht die Nutzung das Ziel ist.
- Flächen für den notwendigen Ausbau von Schulen, Kitas und andere öffentliche Einrichtungen sind – wenn überhaupt – nur zu überzogenen Preisen zu bekommen.
- Die großen Herausforderungen des Klimawandels geraten angesichts der enormen sozialen Sprengkraft dieser Entwicklungen aus dem Blick. Städte können sich die Flächen für Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen, die Schaffung attraktiver Grünflächen, Plätze und Straßen nicht mehr leisten und verlieren an Identität und Aufenthaltsqualität.



Foto: David Ausserhofer



Prof. Dr. Arno Bunzel
+49 30 39001-238
bunzel@difu.de



Die Liste der Folgen ließe sich noch um einiges verlängern. Gleichzeitig verlieren die Städte angesichts der faktischen Kraft der Immobilienmärkte zunehmend an Einfluss. Auch wenn Berlin, München, Köln und andere Städte bereits erfindungsreich vieles versuchen, um gegenzusteuern. Soziale Baulandmodelle, Milieuschutz- und Zweckentfremdungssatzungen, Vorkaufsrechte, städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen uvm., all diese Maßnahmen können die Spekulation und deren negativen Auswirkungen am Ende nur verlangsamen, nicht jedoch beenden.

Was also ist zu tun? Die Entwicklungen haben deutlich gezeigt, dass der Schlüssel einer nachhaltigen Entwicklung der Städte beim Zugriff auf den Boden liegt. Erkennt man das an, dann gilt es über das Halten und den Erwerb von Flächen das Heft des Handelns wieder in die Hand zu nehmen. Eine ausreichende Flächenreserve im kommunalen Eigentum eröffnet Gestaltungsoptionen und schafft die Basis für die schnelle, kostengünstige Bereitstellung der für eine gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung erforderlichen Flächen. Die Liegenschaftspolitik als Instrument der Stadtentwicklung aufzugeben war der Kardinalfehler der zurückliegenden Dekaden. Dringend erforderlich ist also eine Kehrtwende hin zum Ankauf von entwicklungsaffinen Flächen und zum Aufbau und Erhalt eines für die gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung nutzbaren Liegenschaftsportfolios.

Ohne Unterstützung von Bund und Ländern wird eine solche Kehrtwende aber nicht gelingen. Die öffentliche Hand muss auf allen Ebenen ihre eigenen Liegenschaften in den Dienst einer gemeinwohlorientierteren Stadtentwicklung stellen.

Dies bedeutet sowohl die generelle Abkehr vom Höchstgebotsprinzip als auch den Vorrang der Kommunen beim Erwerb von Grundstücken des Bundes und der Länder. Die im Koalitionsvertrag angekündigte Reform des Gesetzes zur Neuregelung der Liegenschaftspolitik des Bundes (BlmG-Gesetz) ist ein Schritt in die richtige Richtung. Der Aufbau von Bodenfonds sollte unterstützt werden. Zudem bedarf es einer Nachjustierung beim Bodenrecht. Die erleichterte Anwendung des Vorkaufsrechts, die Ausweitung des städtebaulichen Entwicklungsrechts, die Öffnung für Gemeinwohlbelange bei nach § 34 Baugesetzbuch bestehenden Baurechten können hierbei wichtige Instrumente sein, die Städte zu einer nachhaltigen, d.h. sozial wie ökonomisch und ökologisch ausgewogenen Entwicklung zu befähigen. Die entfesselten Immobilienmärkte werden sonst das Gegenteil bewirken.

Die Einrichtung einer Enquete-Kommission – wie im Koalitionsvertrag vorgesehen – lässt zumindest hoffen, dass sich die Bundesregierung diesen für die Zukunft der Städte elementaren Erfordernissen nicht verschließt.

zum Weiterlesen

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu) und vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V., Bodenpolitische Agenda 2020–2030.

➔ www.difu.de/11558

Münchener Aufruf für eine andere Bodenpolitik. Ein soziales Bodenrecht. Für bezahlbaren Wohnraum und lebenswerte Städte.

➔ www.bit.ly/2q1UxvP

Ein neues Bodenrecht für bezahlbaren Wohnraum. Dokumentation der gleichnamigen Fachtagung am 9. Mai 2017 im Münchner Stadtmuseum.

➔ www.bit.ly/2JgT2SW

Arno Bunzel, Michael Groß, Michael Krautzberger, Martin zur Nedden, Bodenpolitik und Bodenrecht gemeinwohlorientiert gestalten, WISO Direkt 11/2017.

➔ www.bit.ly/2qjNpvs

Hohe Umwelt- und Aufenthaltsqualität trotz Verdichtung der Städte

Studie zur Umwelt- und Aufenthaltsqualität in kompakt-urbanen und Nutzungsgemischten Stadtstrukturen in den Fallstudienstädten Berlin, Esslingen, Hamburg, Köln, Leipzig und Mülheim zeigt, dass Dichte und Nutzungsmischung nicht zwangsläufig negativ wirken.



Foto: Ricarda Pätzold

Die Städte platzen aus den Nähten. Nicht überall, aber in prosperierenden Ballungsräumen. Starker Einwohnerzuwachs sowie Zunahme von (kleiner werdenden) Haushalten führen zu einer weiteren Verdichtung der Quartiere. Auch die Entwicklung neuer urbaner Kerne an der Peripherie der Großstädte gewinnt an Bedeutung. Dies ist aus stadt-wirtschaftlichen Gründen genauso wünschenswert wie aus ökologischen und sozialen Gründen. Aber wo sind die Grenzen der Verdichtung? Was sind die Vor- und Nachteile der Mischung unterschiedlicher Nutzungen in hoch verdichteten Stadtstrukturen? Und wie ist die Umwelt- und Aufenthaltsqualität in kompakt-urbanen und Nutzungsgemischten Stadtstrukturen zu bewerten? Mit diesen Fragen beschäftigten sich das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) und das BKR Aachen in einem gemeinsam für das Umweltbundesamt durchgeführten Forschungsprojekt. Grundlage waren Fallstudien in Berlin, Esslingen, Hamburg, Köln, Leipzig und Mülheim. Der Forschungsbericht und eine Broschüre mit Empfehlungen liegen online vor. Die Kernaussage: Dichte und Nutzungsmischung führen nicht zwangsläufig zu einer schlechteren Umwelt- und Aufenthaltsqualität. Es kommt vielmehr darauf, wie beides organisiert ist und in welchem Maße externe Faktoren in die Gebiete hinein wirken. Siedlungsdruck und damit einhergehende Verdichtung auf begrenzten Flächen sowie die unterschiedlichen Akteurskonstellationen, -wünsche und -anforderungen führen zwangsläufig zu Zielkonflikten. Zu denken ist an den Verlust an Grün- und Freiflächen, die Erhöhung des Verkehrsaufkommens und die damit einhergehenden Belastungen aber auch an den Lärmschutz gegenüber anderen Lärmquellen. Dies gilt bei der Schaffung neuer Quartiere und der Nachverdichtung von Bestandsquartieren. Die Herausforderung in kompakten und

Nutzungsgemischten Quartieren lautet daher, ein hohes Maß baulicher Dichte und eine möglichst große Vielfalt unterschiedlicher Nutzungen mit einer hohen Umwelt- und Aufenthaltsqualität in Einklang zu bringen. Vor allem müssen Grün- und Freiräume in ausreichender Zahl und Qualität gesichert werden. Das bedeutet, Straßenräume und Plätze aufzuwerten und Mehrfachnutzungen stärker zu etablieren. Denn die Umwelt- und Aufenthaltsqualität in den Quartieren werden stark von der baulichen Dichte, insbesondere dem Verhältnis zwischen und der Anordnung von bebauten und unbebauten Flächen beeinflusst. Welche Dichte noch verträglich ist kann allerdings nicht generell festgestellt werden. Vielmehr kommt es darauf an, ob und in welchem Maße entlastende Effekte aus dem räumlichen Kontext wirksam werden. In den Fallstudienquartieren verursacht Nutzungsmischung keine nennenswerten Konflikte – sofern Standorte keine überlokale Bedeutung entfalten. Nutzungen oder Standorte mit stadtweiter Bedeutung tragen zur Attraktivität der untersuchten Quartiere bei. Durch hohes zusätzliches Besucheraufkommen sind einige der Quartiere aber deutlich belastet. Dies betrifft insbesondere „Ausgehmeilen“. Auch in diesen Quartieren gibt es neben den stark frequentierten Straßenzügen ruhige Wohnlagen. Die Umwelt- und Aufenthaltsqualität der kompakten innerstädtischen Quartiere wird maßgeblich durch ihre Lage im Stadtgebiet und von außen in die Gebiete wirkende Umweltfaktoren bestimmt. Positiv wirken Wasserflächen, Stadtparks und nahe Grünflächen. Die gesamtstädtische Verkehrsorganisation und überörtlicher Verkehr sind externe Faktoren, die sich durch Lärm- und Schadstoffemissionen negativ auf die Umwelt- und Aufenthaltsqualität in den Städten auswirken. Bei Neuplanung lassen sich negative Effekte oft vermeiden: durch gute Ordnung und Erschließung der Baukörper, technische Vorkehrungen gegen Immissionen und gute Anbindung und Gestaltung der Grün- und Freiflächen. Im Bestand geht es häufig um die Korrektur von negativen Entwicklungen: Die Gestaltungsinstrumente sind vorhanden. Die Herausforderung besteht darin, sie entsprechend zu nutzen. Insbesondere mit Blick auf die Sicherung von Freiraumfunktionen kommt auch einer vorausschauenden Liegenschaftspolitik durch die Kommunen eine Schlüsselrolle zu.



www.difu.de/11907
www.bit.ly/2DDM32B



Dipl.-Geogr.
Luise Adrian
+49 30 39001-149
adrian@difu.de

Prof. Dr. Arno Bunzel
+49 30 39001-238
bunzel@difu.de

Dipl.-Ing.
Ricarda Pätzold
+49 30 39001-190
paetzold@difu.de

Effektive Städtebauförderung braucht genug Personal und einfache Verfahren

Difu-Studie zur Städtebauförderung in Nordrhein-Westfalen gibt Empfehlungen für eine effektivere Nutzung von Fördermitteln. Städtebauförderung muss in den Kommunen „Chefsache“ sein – und von der Landesebene unterstützt werden.



Personalmangel und hohe administrative Anforderungen sind zwei der Gründe, die Städte, Kreise und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen (NRW) daran hindern, zur Verfügung stehende Mittel der Städtebauförderung fristgerecht abzurufen. Dies ist eines der wichtigen Ergebnisse einer Studie, die das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) im Auftrag des damaligen Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (jetzt: Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung) erarbeitete.

In den vergangenen zehn Jahren nutzten rund 83 Prozent der Kommunen in NRW Städtebaufördermittel. Aufgrund einer sehr hohen Zahl an Projektanmeldungen – mit einem Gesamtvolumen von rund 1,45 Mrd. Euro – wurden vier- bis fünfmal mehr Mittel beantragt, als ursprünglich dafür vorgesehen waren. Dies verdeutlicht den hohen Bedarf der Kommunen und zugleich die grundsätzliche Akzeptanz des bestehenden Förderinstrumentariums.

Allerdings kritisieren über 80 Prozent der befragten Städte und Gemeinden das Vergaberecht, da der daraus resultierende Verwaltungsaufwand für sie ein zentrales Hemmnis für eine reibungslose Inanspruchnahme von Städtebaufördermitteln darstellt. Zudem bestehen aus Sicht der befragten Kommunen grundsätzlich große personelle

Engpässe. Auch die bei der Antragstellung abzugebenden Kostenberechnungen für Fördermaßnahmen empfinden viele Kommunen als zu aufwändig und detailliert. Dies liegt auch daran, dass mehrjährige Vorausschätzungen immer mit Unsicherheiten bezüglich der eigentlichen zeitlichen Zuteilung durch die Zuwendungsgeber, die Preisentwicklung und mögliche, unvorhersehbare Entwicklungen behaftet sind.

Auf Basis der Ergebnisse seiner Befragung der nordrhein-westfälischen Kommunen empfiehlt das Difu deshalb einen Verzicht auf neue Programme zugunsten einer Zusammenführung und/oder eines Neuzuschnitts der bestehenden Bund-Länder-Programme zur Städtebauförderung. Außerdem sollten die bestehenden Verfahren flexibilisiert werden. Dies gilt insbesondere für die Beantragung und Abrechnung von Fördermitteln durch die Kommunen beim Land. Aber auch die Kommunen müssen ihren Beitrag leisten: Städtebauförderung muss „Chefsache“ sein und erfordert ausreichende Personalressourcen und eine kontinuierliche Kooperation aller involvierten Fachämter und Kammereien in Städten und Gemeinden. Beim Aufbau hinreichender Personalkapazitäten in den technischen Bereichen benötigen die Kommunen jedoch Unterstützung vom Land.



www.difu.de/11855
www.difu.de/11833



Dr. Henrik Scheller
+49 30 39001-295
scheller@difu.de

Dr. Stefan Schneider
+49 30 39001-261
schneider@difu.de

Ressourcenschutz wird in Kommunen zunehmend wichtig

Neues Webportal www.ressourceneffizientekommune.de bietet Kommunen umfangreiche Informationen rund um das Thema Ressourcenschutz, beispielsweise zu kommunalen Handlungsmöglichkeiten oder guten Praxisbeispielen.



Foto: Maic Verbücheln

Bereits heute zeigen die vielen Aktivitäten vor Ort, dass Ressourcenschutz vor allem auf der lokalen Ebene mit Erfolg umgesetzt wird. Dabei nimmt das Thema gerade in Kommunen einen immer größeren Stellenwert ein. Die Bundesregierung will Kommunen mit ihrem Ressourceneffizienzprogramm (ProgRes) in diesem Themenfeld weiter stärken.

Umfragen wie die VDI-Initiative „Stadt:Denken“ (2016) haben ergeben, dass in vielen Kommunen ein Bedarf nach Informationen zum Themenfeld Ressourcenschutz besteht. Um darauf zu reagieren, hat das Difu eine neue Website entwickelt und veröffentlicht. Nutzer erhalten einen Überblick über die vielfältigen kommunalen Handlungsmöglichkeiten in diesem wichtigen Themenfeld. Praxisbeispiele zeigen anschaulich, wie auf der kommunalen Ebene Ressourceneffizienz bereits erfolgreich umgesetzt wird. Ergänzend bietet die Website regelmäßig Neuigkeiten zum Themenfeld Ressourcen. Etwa den Aufruf, sich am Wettbewerb „Klimaaktive Kommune“ zu beteiligen, bei dem in diesem Jahr in der Kategorie „Ressourcen- und Energieeffizienz in der Kommune“ 75.000 Euro Preisgeld ausgelobt wurden. Außerdem werden auf der neuen Website Hintergrundinformationen angeboten, etwa zum Ressourceneffizienzprogramm der Bundesregierung (ProgRes) oder

zu verschiedenen (Forschungs-)Projekten mit Relevanz für Kommunen. Ebenso sind für Interessierte Links zu Veranstaltungen, Publikationen sowie weiteren relevanten Webpages zu finden bzw. zum Download bereitgestellt.

Die Website wurde vom Difu im Rahmen des Projekts „Ressourcenpolitik auf kommunaler und regionaler Ebene“ (kommRes) im Auftrag des Umweltbundesamts entwickelt und online gestellt. Im Rahmen des Projekts kommRes unterstützt und berät das Difu in Kooperation mit dem Öko-Institut den Bund beim Prozess der Weiterentwicklung des Ressourceneffizienzprogramms ProgRes.

Kommunen werden somit bei der Fortschreibung von ProgRes verstärkt beteiligt und sind somit wichtige Impulsgeber für die programmatische Entwicklung und Praxistauglichkeit des Programms. Im Projekt kommRes wird zudem eine „Servicestelle: ressourceneffiziente Kommune“ konzipiert, die später Kommunalverwaltungen, Wirtschaftsförderungen und andere lokale und regionale Akteure dabei unterstützen soll, das heterogene Themenfeld Ressourceneffizienz verstärkt anzugehen.



www.bit.ly/2kF4iNP



Dipl.-Ing. (FH)
Maic Verbücheln
+49 30 39001-263
verbuecheln@difu.de

Anna Hogrewe-Fuchs
+49 221 340308-16
hogrewe-fuchs@difu.de

Ausgezeichnete Klimaaktivitäten geben Impulse für Kommunen

Die neue Online-Veröffentlichung „Ausgezeichnete Praxisbeispiele“ stellt die Gewinnerprojekte aus dem Wettbewerb „Klimaaktive Kommune 2017“ ausführlich und praxisnah vor und dient damit als Blaupause für andere Kommunen.



Foto: Hearts & Minds/Difu

Die Online-Publikation „Ausgezeichnete Praxisbeispiele“ bietet für Kommunen spannende Impulse und Beispiele für eigene Klimaaktivitäten. Vorgestellt werden die Projekte der neun Siegerkommunen des Wettbewerbs „Klimaaktive Kommune 2017“, die im Januar 2018 öffentlich bekannt gegeben wurden. Preisträger sind die Städte Marburg, Neuötting, Neuss, Pirmasens, die Landkreise Fürstfeldbruck, Oldenburg, die Ortsgemeinde Schnorbach, die Region Bergisches Land sowie der Landschaftsverband Rheinland.

Der Landkreis Oldenburg konnte die Jury zum Beispiel mit einem Projekt beeindrucken, das den Agrarsektor in den Fokus nimmt und eine signifikante Reduzierung von Treibhausgasemissionen in der Landwirtschaft zum Ziel hat.

Die bayerische Kleinstadt Neuötting wiederum hat Synergien aus Klima- und Lärmschutz gewonnen, indem sie in enger Zusammenarbeit mit der örtlichen Energiegenossenschaft eine Lärmschutzwand mit integrierten Photovoltaik-Elementen realisiert hat.

Die Stadt Neuss überzeugte im Wettbewerb mit ihrem langjährigen Engagement in Sachen Stadtklima. Um die Klimaanpassung nachhaltig in die

Bauleit- und Grünplanung zu verankern, verfolgt die Stadt seit Jahren eine Integration in institutionalisierte Planungsverfahren.

Die Stadt Marburg glänzte mit ihrem „Klimaschutzbecher to go“, den die Kommunalverwaltung als Maßnahme gegen die enorme Ressourcenverschwendung durch Einweg-Getränkebecher selbst initiiert und in Gastronomiebetrieben vor Ort etabliert hat.

Die Vielfalt der Gewinner und ihrer Projekte zeigt, dass die Veröffentlichung vorbildliche und kreative Klimaprojekte für große und kleine Kommunen, für Landkreise und Regionen, für volle und weniger gut gefüllte Haushaltskassen liefert. Die Broschüre kann kostenfrei als barrierefreies PDF heruntergeladen werden.

Den Wettbewerb „Klimaaktive Kommune“ (zuvor „Kommunaler Klimaschutz“) führt das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) seit 2009 gemeinsam mit dem Bundesumweltministerium durch. Kooperationspartner sind die kommunalen Spitzenverbände. Am 1. Februar ging der Wettbewerb in eine neue Runde (Bewerbungsfrist 6. April). Die „Klimaaktiven Kommunen 2018“ werden auf der 11. Kommunalen Klimakonferenz am 6. Dezember 2018 öffentlich ausgezeichnet.



www.difu.de/11824



Ulrike Vorwerk, M.A.
+49 221 340 308-17
vorwerk@difu.de

Empfehlungen für die kommunale Überflutungsvorsorge entwickelt

Planer im Dialog: Neue Difu-Veröffentlichung über den Schutz vor Starkregen durch kommunale Überflutungsvorsorge. Einbezogen sind Praxiserfahrungen aus 15 Kommunen, die auch anderen Städten bei der Vorsorge helfen können.



Grafik: Brandtwerk, Difu

I Anliegen und Lösungssätze aus den beteiligten Städten.

Der Erfolg der kommunalen Gemeinschaftsaufgabe Überflutungsvorsorge ist in hohem Maße von der Zusammenarbeit der unterschiedlichen Akteure und deren Bereitschaft abhängig, die eigenen Ressortgrenzen zu verlassen. Während der Handlungsdruck und auch das Engagement in einigen bereits von sommerlichen Starkregenereignissen betroffenen Städten steigen, sind Überflutungsvorsorge und der Umgang mit extremen Starkregenereignissen bei der Mehrheit der Kommunen bislang eher wenig im Bewusstsein.

Die Veröffentlichung stellt die Ergebnisse des von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt geförderten Difu-Forschungsprojekts „Kommunale Überflutungsvorsorge – Planer im Dialog“ vor. Fachleute aus 15 ausgewählten deutschen Städten arbeiteten im Rahmen von Werkstätten in vier Regionen intensiv an konkreten Aufgabenstellungen der Überflutungsvorsorge. Einbezogen waren die Bereiche Stadt-, Straßen- und Grünflächenplanung bzw. Umwelt sowie den Stadtentwässerungsabteilungen bzw. – falls ausgegliedert – die Stadtentwässerungsbetriebe.

Vor dem Hintergrund einer ausgewogenen regionalen Verteilung waren mit Bonn, Dresden,

Hagen, Hannover, Jena, Kaiserslautern, Kiel, Köln, Ludwigshafen, Lübeck, Magdeburg, Nürnberg, Oldenburg, Solingen und Stuttgart Städte mit einer möglichst großen Bandbreite unterschiedlicher Rahmenbedingungen und Erfahrungsständen bezüglich der Überflutungsvorsorge beteiligt. Neben Wissensvermittlung und Sensibilisierung für das Thema standen praxisorientierter Erfahrungsaustausch zwischen den Fachressorts und das Entwickeln konkreter Herangehensweisen für den Neubau und den Bestand im Vordergrund der Werkstätten.

Die Publikation gibt vorrangig fachliche und methodische Empfehlungen. In einer FAQ-Sammlung werden zu den fünf Unterthemen Prozess und Organisation, Rechtliche Aspekte, Finanzielle Aspekte, Planungskriterien und Umsetzung sowie Betrieb und Unterhalt Antworten auf Fragen gegeben, die in den Werkstätten als vordringlich identifiziert wurden. Die Empfehlungen zu einer „Werkstatt to-go“ bündeln die unterschiedlichen, in den Werkstätten angewendeten Methoden, wie zum Beispiel „Sprechstunde“ oder „Planspiel-Übung“, und bieten eine Anleitung zum „selber machen“ in der Kommune.

→ www.difu.de/10483

• Dipl.-Ing. Vera Völker
+49 221 340308-14
voelker@difu.de

Dipl.-Geogr. Anna-Kristin Jolk
+49 221 340308-22
jolk@difu.de

Dipl.-Geogr. Luise Willen
+49 221 340308-19
willen@difu.de

Aktuelle Fachbeiträge zu wichtigen Radverkehrsthemen online abrufbar

Das Fahrradportal bietet fundierte Beiträge zu aktuellen Schwerpunktthemen der Radverkehrsplanung: Fahrradparken, Familienmobilität, Fahrradtourismus, Lastenverkehr, Flüchtlingsmobilität oder auch Fahrrad und Big Data sind jüngste Beispiele.



Foto: Daniela Schmidt



Fahrradtourismus als Wegbereiter für den Alltagsverkehr.

Für alle, die sich beruflich oder auch privat mit dem Thema Radverkehr beschäftigen, bietet das Fahrradportal ein reichhaltiges Informationsangebot. So findet man unter der Rubrik „Schwerpunktthemen“ vierteljährlich neue, aktuell aufbereitete Beiträge zu besonders nachgefragten Themen aus dem Bereich des Radverkehrs. Kurz und übersichtlich werden hier aktuelle Forschungsergebnisse, Praxisbeispiele sowie Checklisten mit anwendungsorientierten Maßnahmen präsentiert. Die Publikationen richten sich vorrangig an Mitarbeiter aus öffentlichen Verwaltungen und Planer, aber auch an weitere Akteure, die sich mit dem Thema Radverkehr beschäftigen.

Die neusten Veröffentlichungen der Serie sind die Themen „Reinigung und Unterhalt von Radverkehrsanlagen“ sowie „Fahrradparken in Wohngebieten“.

Dem wichtigen Themenkomplex der Familienmobilität widmet sich der Beitrag „Familien aufs Rad bringen“. Darin werden Alternativen vorgestellt, wie der Familienalltag auch ohne Auto organisiert werden kann.

Mit neuen Möglichkeiten der Radverkehrsplanung beschäftigt sich der Beitrag „Digitale Tools für die Radverkehrsplanung“. Hier geht es u.a. darum, Big Data auch in der Radverkehrsplanung sinnvoll zu nutzen.

Vor allem an Akteure in ländlichen Regionen, die den Fahrradtourismus für sich entdeckt haben, richtet sich die Veröffentlichung „Fahrradtourismus als Wegbereiter für den Alltagsverkehr“. Anhand von Praxisbeispielen wird hier gezeigt, wie daraus Synergien für den Alltagsverkehr genutzt werden können.

Beim Thema „Alternativen für den privaten und wirtschaftlichen Lastentransport“ geht es um die (Wieder-)Entdeckung der Transporträder und ihr Potenzial, den Verkehr der Innenstädte zu entlasten.

Der Beitrag „Alltagsmobilität von Flüchtlingen“ stellt lokale Projekte vor, die die Mobilität von Geflüchteten unterstützen und damit die Integration ermöglichen.

Insgesamt wurden zwölf Schwerpunktthemen veröffentlicht, weitere Themen sind in Vorbereitung, unter anderem „Neueste Entwicklungen im Bike-sharing“, „Beteiligung in der Radverkehrsplanung“ sowie „Fuß- und Radverkehr auf gemeinsamen Flächen“.

Die Schwerpunktthemen werden vom Difu in regelmäßigen Abständen auf dem vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur geförderten Fahrradportal publiziert, das viele weitere Infos rund um den Radverkehr bietet.



www.bit.ly/2qhvAx5



Dipl.-Geogr. Tobias Klein
+49 30 39001-175
klein@difu.de

Die Stadt Ulm ist neu im Kreis der Difu-Zuwenderstädte

Seit 2018 haben die Stadt Ulm und das Difu ihre Kooperation vertieft. Ulm nutzt als Zuwenderstadt die Difu-Serviceleistungen und profitiert vom erweiterten Forschungs-, Fortbildungs- und Beratungsangebot für Kommunen. Ein Blick in die Stadt lohnt sich.



Foto: Samuel Tschaffon, Stadtarchiv Ulm

Engagierte Bürgerinnen und Bürger, Menschen mit Erfindergeist und Vordenker haben Ulm zu dem gemacht, was es heute ist: Eine attraktive Großstadt an der Donau, wirtschaftsstarke und international, geprägt durch kulturelle Vielfalt und hohe Lebensqualität. Die florierende Wirtschaft geht Hand in Hand mit einer der seit Jahren niedrigsten Arbeitslosenquoten in Baden-Württemberg.

Als eine von wenigen Städten vergleichbarer Größe wächst Ulm. Im Jahr 2017 überschritt die Einwohnerzahl die Marke von 125.000 Menschen. Die Stadt ist groß genug, um immer wieder Neues entstehen zu lassen, und charmant genug, sodass man sich schnell willkommen fühlt. Architektonisch hat sie einiges zu bieten: Mal gibt sie sich romantisch wie im alten Fischerviertel, mal kantig wie in der modernen Neuen Mitte. Das Herz der Stadt ist ohne Frage das gigantische Münster mit dem höchsten Kirchturm der Welt. Der Turm ist ein Sinnbild für Weitblick – eine Fähigkeit, die die Stadtgemeinschaft sich bewahren will.

Ein Beispiel für Weitblick ist die Wissenschaftsstadt. Ihr Erfolg begann vor rund 50 Jahren mit der Gründung der Universität. Um sie herum wurden gezielt Unternehmen und Forschungsinstitute angesiedelt. Inzwischen sind auf dem Gelände internationale Konzerne und hochspezialisierte Start-Ups tätig. Sie profitieren von der raschen

Implementierung wissenschaftlicher Erkenntnisse in die unternehmerische Praxis. Im Gegenzug stellen sie tausende von Arbeitsplätzen.

Wichtige Schwerpunkte in der Firmenlandschaft bilden die Bereiche Nutzfahrzeugindustrie und IT-Dienstleistungen. Europaweite Marktführer wie Gardena (Gartengeräte) und Seeberger (Trockenfrüchte) haben ebenso ihren Sitz in Ulm wie weniger bekannte „Hidden Champions“. Darüber hinaus treiben öffentliche und private Forschungsinstitute den Fortschritt voran. In Kooperation mit der Universität und der Hochschule, wo mehr als 14.000 Studentinnen und Studenten lernen, schaffen sie eine positive Wechselwirkung zwischen Lehre, Forschung und Umsetzung.

Ulms Position als Knotenpunkt im internationalen Schienenverkehr wird sich durch die Neubaustrecke zwischen Stuttgart und Wendlingen stärken. Künftig wird man in einer halben Stunde bequem nach Stuttgart oder an den Flughafen gelangen. Am Ulmer Hauptbahnhof entsteht derzeit durch das Projekt „Citybahnhof“ ein leistungsfähiges und attraktives Gelände. Parallel dazu wird bis Ende 2018 das größte Verkehrsprojekt der Stadtgeschichte fertiggestellt: Eine zweite Straßenbahnlinie quer durch die Stadt.



**DON'T
EVEN
THINK
OF
PARKING
HERE**

Flächen für die Zukunft sichern

Das Difu untersucht im Rahmen eines neuen Projekts Ankaufstrategien für das Flächenmanagement.

Flächen für die Zukunft sichern



www.difu.de/11773



Prof. Dr. Arno Bunzel
+49 30 39001-238
bunzel@difu.de



Foto: Ricarda Pätzold

Dipl.-Ing.

Ricarda Pätzold
+49 30 39001-190
paetzold@difu.de

Dipl.-Ing.

Sandra Wagner-Endres
+49 30 39001-154
wagner-endres@difu.de

Eigenes Liegenschaftsvermögen ist die beste und angesichts entfesselter Immobilienmärkte oft einzige erfolversprechende Basis, die herausragenden stadtentwicklungspolitischen Aufgaben in den Bereichen Wohnungsneubau, Gewerbeflächensicherung und Daseinsvorsorge effektiv und kostensparend zu bewältigen. Die Berliner Regierungskoalition hat sich darauf verständigt, eine soziale und nachhaltige Boden- und Liegenschaftspolitik zu verfolgen. Dazu soll ein nachhaltiges, strategisches Flächenmanagement eingeführt und eine aktive Ankaufs- und Vergabepolitik u.a. zum Aufbau einer strategischen Grundstücksreserve eingeleitet und verfolgt werden. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen beauftragte das Difu mit einer Studie, geeignete Handlungsmodelle für eine strategische Flächenankaufspolitik zu sondieren. Die Studie soll klären, wie die Schnittstelle zwischen Stadtentwicklungsplanung und Liegenschaftspolitik – gemessen an der politischen Aufgabenstellung und den sich real stellenden Herausforderungen – möglichst optimal ausgestaltet werden kann. Zu diesem Zweck sollen positive und negative Erfahrungen ausgewählter meist großer Städte erfasst und vergleichend bewertet werden. Untersucht werden primär Städte, die funktional und hinsichtlich ihrer Größe sowie der angespannten Situation am Bodenmarkt mit Berlin (zumindest annähernd) vergleichbar sind. Dies sind mit Blick auf die Hauptstadtfunktion Wien, hinsichtlich der Größe und Bedeutung Hamburg (auch als Stadtstaat) sowie Zürich und München. Zudem werden mit Münster und Ulm ergänzend auch Städte einbezogen, die eine bereits beispielhaft gut aufgestellte und strategisch auf die räumlichen Ziele der Stadtentwicklung ausgerichtete Ankaufs- und Vergabestrategie verfolgen.

Quo vadis Wirtschaftsförderung?



www.difu.de/11859



Dipl.-Ing.
Sandra Wagner-Endres
+49 30 39001-154
wagner-endres@difu.de

Quo vadis Wirtschaftsförderung?

Difu startet Umfrage zur Situation der Wirtschaftsförderung in den Kommunen.



Wordcloud: Sandra Wagner-Endres

Seit 1995 hat das Difu in regelmäßigen Abständen Umfragen zur Situation, zu aktuellen Themen und Handlungsfeldern sowie Perspektiven der Wirtschaftsförderung und -politik in deutschen Städten durchgeführt.

Seit der letzten Umfrage 2012 haben die ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklungsdynamiken weltweit und in Deutschland Fahrt aufgenommen mit teilweise noch nicht absehbaren Folgen für die Kommunen. So durchdringt die Digitalisierung nahezu alle Arbeits- und Lebensbereiche und stellt auch die kommunale Wirtschaftsförderung vor die Frage, wie durch die Digitalisierung die eigene zukünftige Entwicklung aktiv gestaltet werden kann.

In diesem Frühjahr findet die fünfte Befragung durch das Difu statt. Diese greift die aktuellen Entwicklungen auf und vertieft einzelne Themenfelder, die in der Fachdiskussion eine wichtige Rolle spielen und für die Forschungsarbeiten im Bereich Wirtschaftsförderung wichtig sind. Dazu gehören beispielsweise die Themen Wirtschaftsflächenentwicklung und Zukunft der Wirtschaftsförderung. Zugleich werden die Daten der früheren Umfragen aktualisiert und ausgewählte Aspekte in einer Zeitreihe fortgeführt.

Für die Befragung werden alle Städte mit mehr als 50.000 Einwohnern sowie ergänzend Städte und Gemeinden zwischen 10.000 und 50.000 Einwohner zur Teilnahme aufgefordert. Die Konzeption ist mit dem Deutschen Städtetag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund abgestimmt und wird von diesen unterstützt.

Klima- und Energiescouts

Das Difu macht Auszubildende in Kommunen zu Energie- und Klimaschutz-Experten.



Foto: Peter Himsel, Difu

Wie können die Themen Klimaschutz und Energieeinsparung nachhaltig in kommunalen Verwaltungen verankert werden? Zum Beispiel über die Auszubildenden! Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) führt daher – gefördert über die Nationale Klimaschutzinitiative des Bundesumweltministeriums – das Projekt „Kommunale Klima- und Energiescouts“ durch und richtet sich damit gezielt an die Auszubildenden in den Kommunen.

In bundesweit vier speziell konzipierten Werkstätten, erhalten die Auszubildenden eine Einführung in die Themen Klimaschutz und Energie und die damit verbundenen Handlungsmöglichkeiten. Mit dem erlernten „Handwerkszeug“ initiieren die Klima- und Energiescouts selbstständig Projekte in ihrem Arbeitsumfeld und wirken so als Multiplikatoren in ihren jeweiligen Städten. Unterstützt werden sie dabei von Mentoren aus ihren Verwaltungen.

Alle „Scout-Projekte“ nehmen schließlich an einem Wettbewerb teil. Die drei besten Vorhaben werden nach Abschluss der Praxisphase im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung ausgezeichnet, darüber hinaus veröffentlicht das Difu alle guten Beispiele in einer Publikation.

Interessierten Städten, Gemeinden und Landkreisen, die motivierte Azubis zur Klima- und Energiescouts qualifizieren lassen möchten, stehen noch freie Plätze im Projekt zur Verfügung.

Klima- und Energiescouts



www.difu.de/11765



Marco Peters, M.A.
+49 221 340308-27
peters@difu.de

Dipl. Geogr. Jan Walter
+49 221 340308-26
walter@difu.de

Kommunale Klimabühne



www.difu.de/11807



Dipl.-Ing.
Cornelia Rösler
+49 221 340308-18
roesler@difu.de

Anna Hogrewe-Fuchs
+49 221 340308-16
hogrewe-fuchs@difu.de

Kommunale Klimabühne

Gute kommunale Klimaschutz-Projekte werden auf der kommunalen Klimabühne für viele sicht- und nutzbar.



Good-Practice Beispiele öffentlichkeitswirksam in Szene zu setzen, Anreize zu schaffen, kommunale Klimaschutzaktivitäten weiterzuentwickeln und Kommunen dazu zu motivieren, aktiv zu werden und zu bleiben: Das sind die Ziele des am 1. Januar 2018 gestarteten Projektes „Kommunale Klimabühne – Wettbewerb ‚Klimaaktive Kommune‘ und ‚Kommunale Klimakonferenz‘“.

Im Wettbewerb „Klimaaktive Kommune“ werden daher jedes Jahr vorbildliche Klimaschutzprojekte von Städten, Gemeinden, Landkreisen und Regionen ausgewählt und deutschlandweit bekannt gemacht. Die publikumswirksame Auszeichnung der Preisträger des Wettbewerbs findet im Rahmen der „Kommunalen Klimakonferenz“ statt. Die Veranstaltung wird in Kooperation mit dem Bundesumweltministerium und den kommunalen Spitzenverbänden durchgeführt und bietet ca. 250 kommunalen Akteuren eine Plattform, um neue Ideen kennen zu lernen und sich miteinander zu vernetzen.

Neben der Identifizierung von nachahmenswerten und innovativen Klimaschutzprojekten und deren Platzierung in der Öffentlichkeit, wird auch die Übertragbarkeit auf andere Kommunen gefördert. Im Rahmen von „Simulationslaboren“ haben interessierte Kommunen die Möglichkeit, den Transfer von Modellen aus dem Wettbewerb auf die eigene Situation vor Ort zu prüfen und daraus konkrete Maßnahmen zu erarbeiten. Gefördert wird das Vorhaben im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI), da Kommunen wesentlich dazu beitragen, die Klimaschutzziele der Bundesregierung zu erreichen.

Was ist eigentlich?

Infrastruktur- bedarf

Begriffe aus der kommunalen Szene,
einfach erklärt

Investiver Nachholbedarf entsteht in Kommunen, wenn in der Vergangenheit entstandener Ersatzbedarf nicht ausreichend durch Investitionen gedeckt wurde. Der qualitative Zustand der Infrastruktur genügt dann nicht mehr gesetzlichen Standards und liegt unter dem festgelegten Soll-Zustand. Dieser Nachholbedarf entsteht auch dann, wenn Ausgaben für laufende (bauliche) Unterhaltung und Bewirtschaftung nicht ausreichend getätigt wurden und sich deshalb die Gesamtnutzungsdauer von Anlagen verkürzt. Wenn die bestehende Infrastruktur moderne Versorgungsstandards und Normen wie Brandschutzvorschriften oder Barrierearmut nicht erfüllt, begründet auch dies einen Nachholbedarf – in qualitativer und quantitativer Hinsicht.

„Die Formulierung eines kommunalen Infrastrukturbedarfs ist kein Wunschkonzert denkbarer Investitionsmöglichkeiten. Die Ermittlung ist stets mit dem Be- und Zustand von Bestehendem verknüpft und dem haushalterischen Vorsichtsprinzip verpflichtet“.

Der Infrastrukturbedarf einer Kommune kann sich im Laufe der Zeit, z. B. aufgrund des demographischen Wandels, verändern. Daher umschreibt der investive Erweiterungsbedarf zusätzlich notwendige Infrastrukturkapazitäten der Zukunft, hierzu gehören zusätzliche Schulen, Kitas, Straßen, Verwaltungsgebäude oder auch eine Erweiterung der IT-Ausstattung. Allerdings gibt es auch „negativen Erweiterungsbedarf“ – also Investitionen, die für einen Rückbau nicht mehr benötigter Infrastrukturen erforderlich sind. Die Abschätzung des Erweiterungsbedarfs erfordert Annahmen zu wesentlichen Bedarfstreibern und ist deshalb mit Unsicherheiten behaftet. Gleichzeitig bietet diese Bedarfskategorie politische Gestaltungsspielräume für strategische Schwerpunktsetzungen durch eine Stadt.



Weitere Begriffe online:
www.difu.de/6189



Edition Difu – Stadt Forschung Praxis

Wasserinfrastruktur: Den Wandel gestalten

Technische Varianten, räumliche Potenziale, institutionelle Spielräume
Martina Winker und Jan-Hendrik Trapp (Hrsg.), Bd. 16, 272 S., vierfarbig, 39 €, ISBN 978-3-88118-584-4

Kommunaler Umgang mit Gentrifizierung

Praxiserfahrungen aus acht Kommunen
Von Thomas Franke u.a., 2017, Bd. 15, 316 S., vierfarbig, zahlreiche Abb., 39 €, ISBN 978-3-88118-579-0

Sicherheit in der Stadt

Rahmenbedingungen – Praxisbeispiele – Internationale Erfahrungen
Holger Floeting (Hrsg.), 2015, Bd. 14, 392 S., zahlreiche Abbildungen, 39 €, ISBN 978-3-88118-534-9, **eBOOK** 33,99 €

Orientierungen für kommunale Planung und Steuerung – Ein Handlungsleitfaden

Von Jens Libbe unter Mitarbeit von Klaus J. Beckmann, 2014, Bd. 13, 212 S., 29 €, ISBN 978-3-88118-529-5

Städtebauliche Verträge – Ein Handbuch

Vierte, aktualisierte und erweiterte Auflage. Mit Berücksichtigung der BauGB-Novelle 2013
Von A. Bunzel, D. Coulmas und G. Schmidt-Eichstaedt, 2013, Bd. 12, 466 S., 39 €, ISBN 978-3-88118-508-0, **eBOOK** 33,99 €

Nicht weniger unterwegs – sondern intelligenter?

Neue Mobilitätskonzepte
Klaus J. Beckmann und Anne Klein-Hitpaß (Hrsg.), 2013, Bd. 11, 320 S., zahlreiche Abbildungen, 39 €, ISBN 978-3-88118-521-9

Difu-Arbeitshilfen

Datenschutz und Informationsfreiheit in der Kommune

4., völlig neu bearbeitete Auflage
von Martin Zilkens, 2014, 208 S., inklusive Checklisten und Muster, 30 €, ISBN 978-3-88118-536-3

Die Satzungen nach dem Baugesetzbuch

3. Auflage unter Berücksichtigung des Innenentwicklungsgesetzes 2013
A. Bunzel (Hrsg.), von A. Strunz, M.-L. Wallraven-Lindl, 2013, 172 S., zahlreiche Satzungsmuster, 29 €, ISBN 978-3-88118-526-4

Das Bebauungsplanverfahren nach dem BauGB 2007

Muster, Tipps und Hinweise
Von Marie-Luis Wallraven-Lindl, Anton Strunz, Monika Geiß, 2011, 2., aktualisierte Auflage, 224 S., 35 €, ISBN 978-3-88118-498-4, **eBOOK** 29,99 €

Städtebauliche Gebote nach dem Baugesetzbuch

A. Bunzel (Hrsg.), von M.-L. Wallraven-Lindl, A. Strunz, 2010, 188 S., 30 €, ISBN 978-3-88118-486-1

Difu-Impulse

Leistungsfähige Infrastruktur generationengerecht finanziert – das Beispiel der Stadt Köln **NEU**

Von Stefan Schneider, Tatiana Maruda, Bernhard Koldert, Michael Thöne
Bd. 6/2018, ca. 160 S., 20 €, in Vorbereitung
ISBN 978-3-88118-619-3

Städtebauförderung in NRW **NEU**

Erfolgsfaktoren und Hemmnisse der Beantragung, Bewilligung und Abrechnung von Fördermitteln
Von Stefan Schneider, Henrik Scheller, Beate Hollbach-Grömig, Bd. 5/2018, 78 S., 15 €, ISBN 978-3-88118-616-2

Wirtschaftsflächenplanung wachsender Großstädte **NEU**

Von Sandra Wagner-Endres, Ulrike Wolf und Daniel Zwicker-Schwarm
Bd. 4/2018, ca. 80 S., 15 €, in Vorbereitung
ISBN 978-3-88118-614-8

Lieferkonzepte in Quartieren – die letzte Meile nachhaltig gestalten **NEU**

Lösungen mit Lastenrädern, Cargo Cruisern und Mikro-Hubs
Wulf-Holger Arndt und Tobias Klein (Hrsg.)
Bd. 3/2018, 96 S., 15 €
ISBN 978-3-88118-615-5

Ende oder Neustart – Perspektiven der Clusterpolitik

Von Dirk Assmann und Jens Libbe
Bd. 2/2018, 92 S., 15 €
ISBN 978-3-88118-613-1

Zuwanderung und Integration von Geflüchteten in Kommunen

Der lange Weg vom Ankommen zum Bleiben
Holger Floeting u.a. (Hrsg.)
Bd. 1/2018, 220 S., 23 €
ISBN 978-388118

Vom Energiebeauftragten zum Energiemanagement

Dokumentation des 20. Deutschen Fachkongresses für kommunales Energiemanagement
Cornelia Rösler (Hrsg.), Bd. 3/2016, 186 S., 20 €, ISBN 978-3-88118-570-7, **eBOOK** 16,99 €

Elektromobilität: im Spannungsfeld technologischer Innovation, kommunaler Planung und gesellschaftlicher Akzeptanz

Nadine Appelhans, Jürgen Gies, Anne Klein-Hitpaß (Hrsg.), Bd. 1/2016, 138 S., 18 €, ISBN 978-3-88118-544-8, **eBOOK** 14,99 €

★ Difu-Papers

Smart Cities in Deutschland – eine Bestandsaufnahme

Von Jens Libbe und Roman Soike
2017, 28 S., 5 €
➔ www.difu.de/11741

Online-Handel – Mögliche räumliche Auswirkungen auf Innenstädte, Stadtteil- und Ortszentren

Kurzfassung der Ergebnisse der Studie
Hrsg. Difu, im Auftrag des BBSR
2017, 28 S., 5 €
➔ www.difu.de/11596

Standortfaktoren für Unternehmen – die kommunale Sicht

Ergebnisse auf Grundlage der Daten des Difu-Projekts „Koordinierte Unternehmensbefragung“
Von Detlef Landua, Sandra Wagner-Endres, Ulrike Wolf, 2017, 40 S., 5 €
➔ www.difu.de/11597

Herausforderungen von Klein- und Mittelstädten

Fokus: Schrumpfung und Peripherisierung
Von E. Bojarra-Becker, T. Franke, M. zur Nedden,
2017, 40 S., 5 €
➔ www.difu.de/11448

Übersicht aller Publikationen + Bestellmöglichkeit

Nach Chronologie: www.difu.de/publikationen
Nach Reihen: www.difu.de/6194
Nach Thema: www.difu.de/publikationen/suche
eBooks: <http://difu.ciando-shop.com/info/einside/> – Info für Zuwander: www.difu.de/10829

Vertrieb: Difu gGmbH, Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin,
Tel. +49 30 39001-253, Fax: +49 30 3900-1275, Mail: vertrieb@difu.de

★ Alle Difu-Veröffentlichungen und -eBooks sind für Difu-Zuwander kostenlos, die mit Stern gekennzeichneten Publikationen gibt es exklusiv für Zuwander auch digital.

Veröffentlichungen

Berichte 2/2018

Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe

In allen Größen!

Stärkung von Pflegekindern und ihren Familien
AGFJ im Difu (Hrsg.), 2017, 192 S., nur online
➔ www.difu.de/11290

Neu Maß nehmen!

Zukunftsperspektiven der Vormundschaft
AGFJ im Difu (Hrsg.), 2017, Bd. 107, 122 S.,
19 €, ISBN 978-3-8811-8-563-9

Was wir alleine nicht schaffen ...

Prävention und Gesundheitsförderung im
kooperativen Miteinander von Kinder- und
Jugendhilfe und Gesundheitswesen
AGFJ im Difu (Hrsg.), 2017, Bd. 106, 248 S.,
19 €, ISBN 978-3-8811-8-562-2

Sonderveröffentlichungen (teilweise auch / nur als Download)

Kommunale Überflutungsvorsorge – Planer im Dialog **NEU**

Projektergebnisse
Difu (Hrsg.), Vera Völker u.a. (Bearb.)
2018, ca. 50 S., kostenlos, in Vorbereitung
➔ www.difu.de/11836

Umwelt- und Aufenthaltsqualität in urbanen Quartieren **NEU**

Empfehlungen zum Umgang mit Dichte und
Nutzungsmischung
Umweltbundesamt (Hrsg.), Difu u.a. (Bearb.)
2018, 20 S., nur online
➔ www.difu.de/11907

Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mit- telstädten – sozialräumliche Integration, städtische Identität und gesellschaftliche Teilhabe **NEU**

Dokumentation des 3. Netzwerktreffens am
30. November/1. Dezember 2017
Von Bettina Reimann, Gudrun Kirchhoff, Ricarda
Pätzold, Wolf-Christian Strauss, BMI u.a. (Förd.)
2018, 22 S., nur online
➔ www.difu.de/11829

Ausgezeichnete Praxisbeispiele 2017 **NEU**

Klimaaktive Kommune 2017. Ein Wettbewerb
des Bundesumweltministeriums und des
Deutschen Instituts für Urbanistik
Difu (Hrsg.), Anna Hogrewe-Fuchs u.a. (Bearb.)
2018, 75 S., nur online
➔ www.difu.de/11824

Monitor Nachhaltige Kommune **NEU**

Bericht 2017. Schwerpunktthema Digitali-
sierung
Von Jasmin Honold u.a., i.A. der Bertelsmann
Stiftung
2018, 110 S., nur online,
➔ www.difu.de/11744

Klimaschutz & ländlicher Raum
Ideen und Impulse für erfolgreichen
Klimaschutz in ländlichen Kommunen
Difu (Hrsg.), Bearb. Marco Peters
2018, 88 S., kostenlos
➔ www.difu.de/11837

OB-Barometer 2018

Difu (Hrsg.), 2018, 4 S., nur online
➔ www.difu.de/11757

Klimaschutz in Kommunen

Praxisleitfaden. 3. Aufl. (Ordner mit Lose-
blattsammlung)
Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.)
2018, 454 S., kostenlos
ISBN 978-3-88118-585-1
➔ www.difu.de/11742

Klimaangepasste Planung im Quartier Am Beispiel des Ostparks in Bochum – Plan4Change

Von Maic Verbücheln u.a., i.A. des BMUB
2017, 72 S., nur online
➔ www.difu.de/11678

Auswirkungen des demografischen Wan- dels auf die kommunale Abfallwirtschaft Leitfaden

Von Maic Verbücheln, Josefine Pichl, Susanne
Dähner, Hrsg. Umweltbundesamt
2017, 60 S., nur online
➔ www.difu.de/11607

Parkraumbewirtschaftung – Nutzen und Effekte

Von Uta Bauer, Martina Hertel, Stefanie Hanke,
i.A. des Ministeriums für Verkehr Ba-Wü
2017, 32 S., nur online
➔ www.difu.de/11582

Bodenpolitische Agenda 2020–2030

Warum wir für eine nachhaltige und sozial
gerechte Stadtentwicklungs- und Wohnungs-
politik eine andere Bodenpolitik brauchen
Von A. Bunzel, M. zur Nedden, R. Pätzold,
J. Aring, D. Coulmas, F. Rohland
2017, 38 S. (Langfassung), 6 S.
(Eckpunktepapier), nur online
➔ www.difu.de/11558

Fachgespräch „Leitlinien und Handlungs- empfehlungen für mehr Umweltgerech- tigkeit“

16. Juni 2017 im BMUB. Dokumentation
Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.)
71 S., nur online
➔ www.difu.de/11657

30 Jahre Gender in der Stadt- und Regionalentwicklung

Erfahrungen und Perspektiven
Von Uta Bauer und Franciska Frölich von
Bodenschwingh
2017, 123 S., nur online
➔ www.difu.de/11513

Ressourcenleichte zukunftsfähige Infra- strukturen – umweltschonend, robust, demografiefest

Von Jan Hendrik Trapp u.a., Hrsg. Umwelt-
bundesamt, Reihe Texte | 64/2017
2017, 462 S., nur online
➔ www.difu.de/11475

Geflüchtete in der Sozialen Stadt Potenziale der Weiterentwicklung des Quartiersansatzes Soziale Stadt im Kontext der Fluchtmigration

Von Thomas Franke u.a., Hrsg. Difu
2017, 54 S., nur online
➔ www.difu.de/11395

Akteure im kommunalen Klimaschutz erfolgreich beteiligen

Von den Masterplan-Kommunen lernen
SK:KK (Hrsg.)
2017, 40 S., kostenlose Printfassung
➔ www.difu.de/11312

Kommunales Transformationsmanage- ment für die lokale Wärmewende Leitfaden

Von Robert Riechel u.a.,
2017, 98 S., vierfarbig, kostenlos
➔ www.difu.de/11268

KfW-Kommunalpanel 2017

Bearb. Henrik Scheller u.a., KfW Bankengruppe
(Hrsg.), 2017, 50 S., nur online
➔ www.difu.de/11243

Zeitschrift

Reich und Arm – Ungleichheit in Städten

MSG, Halbjahresschrift, Heft 2/2017, 184 S.
Einzelheft 12 €, Jahresabo (zwei Hefte) 19 €

Sounds of the Towns

Moderne Stadtgeschichte
MSG, Halbjahreszeitschrift, Heft 1/2017, 192 S.,
Einzelheft 12 €, Jahresabo (zwei Hefte) 19 €

★ Dokumentationen

Graue Literatur zur Stadt-, Regional- und Landesplanung

Christine Bruchmann, Dorothee Hanke (Bearb.),
2/2017, 142 S.,
Einzelband 27 €, Jahresabo 20 €
➔ www.difu.de/11743

Kommunalwissenschaftliche Dissertationen

Rita Gräber (Bearb.), 2017, 167 S.,
Einzelband 27 €, Jahresabo 20 €
➔ www.difu.de/11701



Foto: Doris Reichel

Difu-Beitritt: Viele Vorteile für Städte, Verbände und Planungsgemeinschaften

Wichtigste Kooperationspartner des Instituts sind seine Zuwander. Dies sind hauptsächlich Städte, aber auch Kommunalverbände und Planungsgemeinschaften. Durch die enge Kooperation mit seinen Partnern sorgt das Difu dafür, dass sich seine Arbeit direkt an deren Bedarf orientiert.

Modernes Stadtmanagement erfordert fundierte und aktuelle Kenntnisse in allen kommunalrelevanten Gebieten. Für viele Städte ist es aus finanziellen Gründen nicht möglich, eigene kommunalbezogene Forschung und Fortbildung zu betreiben. Ohne entsprechendes Hintergrundwissen ist die Entscheidungsfindung jedoch erschwert. Hier setzt die Arbeit des Instituts an: Als Forschungsinstitut der deutschen Städte arbeitet das Difu praxisnah, berät Kommunen, unterstützt ihre Fortbildung und fördert den kommunalen Erfahrungsaustausch durch umfangreiche Serviceleistungen:

Persönliche Beratung

Verwaltungsmitarbeiter und Ratsmitglieder aus Zuwanderstädten und -verbänden können sich mit Fachfragen direkt an das Institut wenden, um diese im persönlichen Gespräch mit den Experten zu erörtern.

➔ www.difu.de/6760

Fortbildung

Ob vor Ort oder im Institut in Berlin, die praxisorientierten Difu-Seminare sind meist schnell ausgebucht. In diesem Fall lohnt sich die Zuwanderschaft doppelt: Neben stark reduzierten Seminarbeiträgen werden Zuwander auch bei der Vergabe der Seminarplätze begünstigt.

➔ www.difu.de/6263

Die eigene Stadt als Untersuchungsgegenstand

Zuwander werden vom Difu z.B. als Fallstudienstädte im Rahmen seiner Studien bevorzugt ausgewählt. Die einbezogenen Städte profitieren unmittelbar vom Wissenstransfer auf aktuellstem Stand.

➔ www.difu.de/projekte

Erfahrungsaustausch mit anderen Städten

Erfahrungsaustausch ist wichtig, um die Position der eigenen Stadt einschätzen zu können und Lösungswege vergleichbarer Städte kennen zu lernen. Regelmäßige Treffen werden vom Difu – teilweise exklusiv für Zuwander – angeboten.

➔ www.difu.de/6263

24-Stunden-Zugang gratis zu Difu-Datenbanken

Die Online-Recherchen in den Difu-Datenbanken kommDEMOS und ORLIS sind nur für Zuwander kostenfrei. Die Datenbanken ermöglichen den Zugang zu umfangreichen Informationen über kommunalrelevante Umfragen und Literatur – teilweise im Volltext.

➔ www.difu.de/37

Zugang zu exklusiven Informationen im Extranet

Das Difu-Extranet stellt vielfältige Hintergrundinformationen exklusiv für Zuwander zur Verfügung: Ergebnisberichte über Difu-Fortbildungen samt „virtueller“ Tagungsmappe, Vorträge, Aufsätze, Präsentationen, Videos sowie Volltexte ausgewählter Difu-Publikationen.

➔ www.difu.de/43

Alle Neuerscheinungen kostenfrei

Zuwander erhalten die gedruckten Neuerscheinungen sämtlicher Difu-Publikationen automatisch kostenfrei zugesandt. Darüber hinaus bietet das Difu für seine Zuwander viele Publikationen auch als PDF oder eBook an, teilweise exklusiv und grundsätzlich kostenfrei. Die PDFs können direkt im Difu-Extranet heruntergeladen werden, die eBooks z.B. über den Ciando-Shop:

➔ Publikationen: www.difu.de/publikationen

➔ eBook-Bezug: www.difu.de/10829

➔ eBook-Shop: <http://difu.ciando-shop.com/>

Ausführlichere Infos über Zuwander-Vorteile bieten die Difu-Website oder ein Anruf beim Difu

➔ www.difu.de/6207



Sybille Wenke-Thiem
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Difu-Beitritt und Zuwander
+49 30 39001-208/209
wenke-thiem@difu.de

Dipl.-Pol. Patrick Diekelmann
Beratung ebooks
+49 30 39001-254
diekemann@difu.de

Susanne Plagemann, M.A.
Internet/Extranet
+49 30 39001-274
plagemann@difu.de

Dipl.-Geogr. Luise Adrian
Fortbildung
+49 30 39001-149
adrian@difu.de

Impressum

Berichte – das Magazin des Difu

Herausgeber
Deutsches Institut für Urbanistik
Zimmerstraße 13-15
10969 Berlin
www.difu.de

Redaktion
Sybille Wenke-Thiem (V.i.S.d.P.)
unter Mitarbeit von Lu Antonia Bose,
Luisa Sophie Müller und Cornelia Schmidt

Gestaltung/CD
3pc, Neue Kommunikation GmbH

Layout
Elke Postler

Fotos
Coverfoto: Wolf-Christian Strauss
Fotos ohne Autorenangabe: www.pixabay.com. Ganz herzlichen Dank an alle Fotografen sowie an die Plattform pixabay für die kostenfreie Bereitstellung des Bildmaterials!

Redaktionskontakt/Berichte-Verteiler
Difu-Pressestelle
Tel. +49 30 39001-208
Fax +49 30 39001-130
pressestelle@difu.de

Jahrgang/Erscheinungsweise
Jahrgang 44/vierteljährlich
ISSN 1439-6343
Stand: 22.5.2018

Lesbarkeit
Nur zur einfacheren Lesbarkeit und aufgrund des geringen Platzes verzichten wir darauf, männliche *und* weibliche Schreibformen zu verwenden. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichwohl für alle Geschlechter.

Druck
H. HEENEMANN GmbH & Co. KG, Berlin.
Gedruckt auf umweltfreundliches Papier ohne optische Aufheller; holz- und chlorfrei.

Abdruck
Frei, bei Nennung der Quelle.
Belegexemplar/-Link/-PDF bitte an die Difu-Pressestelle.

Kostenfreie Angebote des Difu

Veröffentlichungen

Viele Publikationen stehen kostenlos zum Download auf der Difu-Homepage zur Verfügung. Andere können als Printexemplare oder eBooks käuflich erworben werden.

➔ www.difu.de/publikationen

Difu-Magazin Berichte

Vierteljährlich informieren die Berichte u.a. über Forschungsergebnisse, neue Publikationen, neue Projekte, Veranstaltungen – in Printform und online.

➔ www.difu.de/publikationen/difu-berichte

Öffentliche Veranstaltungen

Im Wintersemester findet monatlich die gebührenfreie Veranstaltungsreihe „Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte“ statt, die sich zu jedem Termin mit einem aktuellen Thema zur „Zukunft der Städte“ befasst.

➔ www.difu.de/veranstaltungen

E-Mail-Newsletter „Difu-News“

Monatlich informiert der kostenfreie E-Mail-Dienst „Difu-News“ über interessante neue Angebote auf der Difu-Homepage.

➔ www.difu.de/newsletter

Presseverteiler

Die Medieninfos informieren über medienrelevante Neuigkeiten aus dem Institut.

➔ www.difu.de/6674

Facebook

Über Facebook postet das Difu nahezu täglich „teilenswerte“ Neuigkeiten aus dem Institut – please follow us!

➔ www.facebook.com/difu.de

Ich interessiere mich für die Difu-Zuwenderschaft für Städte und Verbände. Bitte schicken Sie mir dazu nähere Infos an:

Name

Stadt/Verband

Straße

Land, PLZ, Ort

Telefon/Fax

E-Mail

Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH
Zimmerstraße 13–15, 10969 Berlin
Tel. +49 30 39001-208, Fax +49 30 39001-130
pressestelle@difu.de

Veranstaltungsvorschau

19.6.2018 in Krefeld

Innovative Ansätze zum Ressourcenschutz in Kommunen

Workshop in Kooperation mit RIN Stoffströme

➔ www.bit.ly/2kF4iNP

25.–26.6.2018 in Berlin

Kommunale Transformation. Ein innovativer Lösungsansatz auch für den Wandel sozialer Infrastrukturen?

Seminar

➔ www.difu.de/11839

26.6.2018

Radfahren als Beruf – am Beispiel der Velotaxi-Betriebe in Deutschland

Webinar, Fahrradakademie

➔ www.difu.de/11915

27.–28.6.2018 in Brühl

Radverkehr ganz groß in Klein- und Mittelstädten

➔ www.difu.de/11537

28.–29.6.2018 in Berlin

„Entscheidungen im Dialog – Beteiligungsverfahren in der inklusiven Kinder- und Jugendhilfe“. 6. Expertengespräch

➔ www.difu.de/11869

10.–11.9.2018 in Berlin

Kommunale Wärmeplanung – Potenziale, Herausforderungen, Perspektiven

Seminar

➔ www.difu.de/11873

13.–14.9.2018 in Berlin

Baukultur! Instrumente und Strategien zur Qualitätssicherung und Stadtbildpflege

Seminar

➔ www.difu.de/11875

24.–25.9.2018 in Berlin

Stadt(teil)entwicklung und Gemeinwesenarbeit

Seminar

➔ www.difu.de/11877

27.–28.9.2018 in Berlin

Verlässliche Kooperation und interdisziplinäre Fallverständigung mit der Schule sichern.

7. Expertengespräch, Dialogforum Kinder- und Jugendhilfe

➔ www.bit.ly/2HXoQvi

8.–9.10.2018 in Berlin

Ganztagsschulen im Spannungsfeld zwischen Quantität und Qualität

Seminar in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag (DST)

➔ www.difu.de/11879

11.–12.10.2018 in Berlin

ÖPNV-Offensive in Stadt und Umland – Kurz-, Mittel- und Langfriststrategien

Seminar

➔ www.difu.de/11881

11.–12.10.2018 in Essen

Faktor Grün in der Stadt – Wertschöpfung, Kosten und Finanzierung

Seminar in Kooperation mit der Stadt Essen

➔ www.difu.de/11883

15.–16.10.2018 in Berlin

Handel und Stadt – neue Wege und Konzepte!? Seminar

➔ www.difu.de/11885

18.–19.10.2018 in Berlin

Frühwarnsysteme für mehr Sicherheit – präventiv handeln mit Daten und Szenarien

Seminar in Zusammenarbeit mit dem

Deutsch-Europäischen Forum für Urbane Sicherheit (DEFUS)

➔ www.difu.de/11887

22.–23.10.2018 in Berlin

Inhalte des Koalitionsvertrages in Bezug auf die Kinder- und Jugendhilfe, Inklusion und Teilhabe.

2. Plattform für öffentlichen Erfahrungsaustausch

➔ www.bit.ly/2ruyu1A

5.–6.11.2018 in Berlin

Der letzte Grund – Baustellen einer aktiven kommunalen Liegenschaftspolitik

Seminar

➔ www.difu.de/11889

5.–6.11.2018 in Köln

Strategisches Wissen in der kommunalen Verkehrsplanung

Führungskräfte-seminar in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag (DST)

➔ www.difu.de/11891

12.–13.11.2018 in Berlin

Kommunale Sportpolitik – aktuelle Herausforderungen und Lösungsansätze

Seminar in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag (DST)

➔ www.difu.de/11893

15.11.2018 in Berlin

Luftreinhaltung in Kommunen –

Handlungsdruck und Handlungsoptionen Seminar

➔ www.difu.de/11895

19.11.2018 in Berlin

Das europäische Beihilferecht – von Kommunen für Kommunen

Seminar in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städtetag sowie dem Deutschen Städte- und Gemeindebund

➔ www.difu.de/11897

19.–20.11.2018 in Osnabrück

12. Fahrradkommunalkonferenz

Radverkehr in der Stadt-Umland-Beziehung

➔ www.bit.ly/2rpDkOp

22.–23.11.2018 in Wolfsburg

Gemeinsam mit den Bürger/innen! Qualität und Transparenz bei Bürgerbeteiligung

Seminar in Kooperation mit der Stadt Wolfsburg

➔ www.difu.de/11899

22.–23.11.2018 in Berlin

27. Forum deutscher Wirtschaftsförderer Kongress

➔ www.difu.de/11637

26.–27.11.2018 in Berlin

Fachkräftegewinnung und Personalentwicklung. 3. Plattform für öffentlichen Erfahrungsaustausch, Dialogforum Kinder- und Jugendhilfe

➔ www.bit.ly/2FTXSTC

29.11.2018 in Berlin

Nachhaltige Gewerbegebiete – Ressourceneffizienz und Nutzungsmischung

Seminar

➔ www.difu.de/11901

6.–7.12.2018 in Berlin

Kommunale Klimakonferenz

➔ www.difu.de/11807

12.–13.12.2018 in Berlin

Inklusion und Teilhabe in der Kommune: Gleiche Qualität für alle – welche Qualitätsmerkmale braucht es dafür?

8. Expertengespräch, Dialogforum Kinder- und Jugendhilfe

➔ www.bit.ly/2K1FiLM

Details, Einzelprogramme und Online-Anmeldung stets aktuell im Difu-Internet:

➔ www.difu.de/veranstaltungen

Fortbildungssekretariat:

+49 30 39001-258/-259/-148
fortbildung@difu.de

Schulbau und „Bildungsarchitektur“ – Luxus in Zeiten knapper Kassen?

Im Rahmen der „Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte“ diskutierten Architekten und Bauplaner mit Vertretungen aus der schulischen Praxis, welcher Infrastrukturbedarf im Bildungsbereich einer wachsenden Stadt wie Berlin absehbar ist.

In regelmäßigen Abständen brandet eine mediale Debatte über marode Schulgebäude, vom Schimmel befallene Klassenräume und unhygienische Zustände in Turnhallen und Sanitäreinrichtungen der Schulen auf. Trotz verschiedener Finanzierungsprogramme des Bundes und der Länder, waren die Kommunen bisher offenbar nur bedingt in der Lage, den Investitionsstau in Höhe von rund 33 Mrd. Euro abzubauen.



Die Bildungsinfrastruktur verkommt inzwischen immer mehr zu einem reinen Reparaturbetrieb. Ein gestalterischer Anspruch bei Fragen des kommunalen Schulaus- und -umbaus – verstanden auch als Beitrag zur Realisierung innovativer pädagogischer Konzepte – scheint dabei zunehmend in den Hintergrund gedrängt zu werden. Dabei haben sich Aufgaben und Aktivitäten in Schulen so verändert, dass die bisherige räumliche Klassenraum-Flur-Konzeption nicht mehr den Anforderungen an den Schulbau entspricht. Denn auch das bauliche Umfeld, in dem Unterricht und Kinderbetreuung stattfinden, haben Einfluss auf den Lernerfolg von Kindern und Jugendlichen.

In einer Veranstaltung der „Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte“ diskutierten deshalb Architekten und Bauplaner mit Vertretern aus der schulischen Praxis, welcher Infrastrukturbedarf im Bildungsbereich in einer wachsenden Stadt wie Berlin absehbar ist. Welche Beiträge können dabei auch Stadtplanung und Architektur in Zeiten knapper öffentlicher Kassen leisten, um den Lernerfolg von Schülern zu verbessern? Oberstudiendirektor Ralf Treptow, Leiter des Rosa-Luxemburg-Gymnasiums in Berlin und Vorsitzender des Verbandes

der Berliner Oberstudiendirektoren, sowie Marlis Tepe, Bundesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, beklagten vor allem unklare Zuständigkeiten zwischen den föderalen Ebenen einerseits und den verschiedenen involvierten Fachverwaltungen andererseits. Dies führte oft zu einem erheblichen Koordinationsaufwand und massiven zeitlichen Verzögerungen bei der Planung und Realisierung von dringend benötigten Um- und Ausbaumaßnahmen. Eine unzureichende Finanzausstattung der Schulen verlange zudem den Schulleitungen ein Höchstmaß an Kreativität und baulicher Planungskompetenz ab, die von ihnen eigentlich gar nicht erwartet werden dürfte.

Demgegenüber zeigten Barbara Pampe, Architektin und Referentin der Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft, sowie Doris Gruber, Architektin und Mitglied der Bundesarchitektenkammer (BDA) auf, dass es inzwischen durchaus diverse Positivbeispiele für gelungenen Schulaus- und -umbau gibt. Mit Blick auf Binnendifferenzierung, Inklusion und Ganztagsbetreuung gehe es dabei vor allem um die Schaffung einer offenen und multifunktionalen Lernumgebung mit Lern-, Experimentier- und Arbeitsinseln für Lernende und Lehrende. Sowohl Schulpraktiker als auch Architekten waren sich einig, dass die „Phase 0“ – also die Planungsphase eines Schulum- oder -ausbaus – von zentraler Bedeutung für das Gelingen und die Akzeptanz solcher Projekte sei. Hier müssten sich alle involvierten Akteure hinreichend Zeit für einen Austausch der unterschiedlichen Interessen sowie eine Abwägung der verschiedenen baulichen Optionen für ihre Realisierung nehmen. Nur durch eine solche individuelle und bedarfsgerechte Planung könne den spezifischen Rahmenbedingungen der einzelnen Schulen in ihrer Quartierseinbettung Rechnung getragen werden. Auf diese Weise könnte auch flexiblen Modularbauten vorgebaut werden, die derzeit gerne zur schnellen Deckung des sprunghaft gestiegenen Kapazitätsbedarfs in einer wachsenden Stadt wie Berlin diskutiert werden. Mit der Entscheidung zugunsten dieser Bauweise werden jedoch die Fehler der Vergangenheit wiederholt und auch den neuen pädagogischen Anforderungen nicht Rechnung getragen.



www.difu.de/11520



Dr. Henrik Scheller
+49 30 39001-295
scheller@difu.de

Dr. Stefan Schneider
+49 30 39001-261
schneider@difu.de

Wohnungsmarktbeobachtung in den Kommunen: Praxis, Fragen, Trends

Im Rahmen des Difu-Seminars „Wohnen nach Zahlen“ im Stadthaus Bonn diskutierten die 70 Teilnehmenden über den Wissensbedarf sowie methodische Fragestellungen und ließen sich von Beispielen kommunaler Wohnungsmarktbeobachtung inspirieren.



Foto: Wolf-Christian Straus

Detaillierte Informationen zu den Wohnungsmärkten sind vor allem dann gefragt, wenn sich Schiefelagen abzeichnen. Städte berichten zunehmend über Wachstumsdruck, hohen Bedarf an bezahlbarem Wohnraum, von Flächenknappheit sowie einem generellen Mangel an Mietwohnungen in kleineren Kommunen. Bei solchen Engpässen bilden Wohnungsmarktdaten die Basis für eine qualifizierte Bewertung der Situation und ebenso die Begründung für den Einsatz wohnungspolitischer Instrumente. Die kommunale Wohnungsmarktbeobachtung ist jedoch eine freiwillige Aufgabe, daher verfügt eine nicht unerhebliche Zahl von (Groß-)Städten bislang nicht über kontinuierliche Auswertungen. Dementsprechend viele Kommunen bezeichnen es daher als aktuelle Aufgabe, eine Wohnungsmarktbeobachtung neu aufzubauen bzw. bis dato temporäre Aktivitäten zu verstetigen. Fragen ergaben sich dabei vor allem hinsichtlich der inhaltlichen Ausgestaltung, der personellen und organisatorischen Umsetzung sowie einer Vielzahl methodischer Aspekte.

Inhalt und Umfang der Wohnungsmarktbeobachtung: In der wohnungspolitischen Debatte kommt dem Wohnungsneubau meist höchste Priorität zu. Baugenehmigungen und Fertigstellungszahlen bieten aber nur einen kleinen Einblick in die Transformationsprozesse der Wohnungsmärkte. Insofern muss der Bestand in die Betrachtung einbezogen werden. Ebenso nivellieren sich viele Befunde auf der gesamtstädtischen Ebene. Hier können durch eine kleinräumige Betrachtung quartiersbezogene Problemstellungen identifiziert werden. Gleichzeitig – so der Bericht einer Stadt – erhöhe der Blick in die Quartiere die Akzeptanz der Wohnungsmarktbeobachtung. Es mehren sich aber auch Stimmen, die die regionale Dimension der Wohnungsmarktbeobachtung anmahnen, da die Probleme der Märkte nicht an der

Gemeindegrenze aufhören. Ob kleinräumig oder regional, es reicht nicht, Datenreihen zu veröffentlichen – die Zahlen müssen auch sorgfältig interpretiert werden. Der Aufwand der kontinuierlichen Aktualisierung von Zeitreihen sollte bei einer möglichen Ausweitung der beobachteten Merkmale berücksichtigt werden.

Personal und Organisation: Viele Städte, die sich dem Thema nähern, äußerten den Wunsch nach einem schlanken Konzept bzw. nach Mindestbestandteilen eines Monitorings, nicht zuletzt da die Personalressourcen knapp sind. Wie viele Stellenanteile mindestens notwendig sind, lässt sich allerdings kaum generell beantworten, da sich das Querschnittsthema „Wohnen“ meist auf mehrere Ämter (Bauen, Soziales, Statistik) verteilt. Der verwaltungsinternen Zusammenarbeit muss daher ein besonderes Augenmerk gewidmet werden, da auch dort oft für Akzeptanz der Notwendigkeit geworben werden muss.

Methoden: Analog zu den genannten Herausforderungen bezogen sich viele Fragestellungen auf die soziale Dimension der Wohnungsversorgung – Wie wird Bezahlbarkeit definiert? Wie ermittelt man den Bedarf an sozial gebundenem Wohnraum? Des Weiteren ging es um Aspekte der qualitativen Beurteilung des Wohnungsbestands, beispielsweise der Datenerhebung zu barrierefreien Wohnungen oder der generellen Erfassung von Qualitätsmerkmalen der Bestandswohnungen. Immer wieder stellte sich auch die Frage nach möglichen Sickerwirkungen, die über die Betrachtung von Wanderungen (Motive, Dynamik, Zielgruppen) bisher zur unzureichend eingeschätzt werden können.

Das Difu wird das Thema erneut in das Seminarprogramm aufnehmen.



www.difu.de/11569



Dipl.-Ing.
Ricarda Pätzold
+49 30 39001-190
paetzold@difu.de

Dipl.-Ing.
Franciska Frölich
v. Bodelschwingh
+49 30 39001-245
froelich@difu.de



(Inklusive) Kinder- und Jugendhilfe aktiv miteinander gestalten

Dialogforum – Bund trifft kommunale Praxis bietet eine Plattform für den öffentlichen Erfahrungsaustausch über Zukunftsfragen der Kinder- und Jugendhilfe und Expertengespräche für Fach- und Führungskräfte.

Kinder- und Jugendhilfe ist eine kommunale Aufgabe und findet dort statt, wo Kinder, Jugendliche und ihre Familien leben. Deshalb ist die kommunale Ebene ein elementarer Bezugspunkt, wenn es um die Planung und Umsetzung notwendigen Handelns in Kommunen geht. Ob und inwieweit die Kinder- und Jugendhilfe im Sinne einer inklusiven Lösung weiterentwickelt werden kann, um zukünftig für alle Kinder und Jugendlichen – mit und ohne Behinderungen – zuständig zu werden, wird derzeit intensiv in vielen Debatten verhandelt und geprüft. Das Dialogforum „Bund trifft kommunale Praxis“ bietet hierfür leitenden Fach- und Führungskräften verschiedener Einrichtungen eine Plattform: öffentliche und freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe, Gesundheitswesen, Behindertenhilfe, Eingliederungshilfe und Sozialämter in den Kommunen, kommunale Spitzenverbände, Landesjugendämter sowie Wissenschaft.

Geplant ist, konkrete Umsetzungsschritte, offene bzw. strittige Fragen der praktischen Umsetzung und erste Erfahrungswerte aus der Praxis auf dem Weg zu einer inklusiven Kinder- und Jugendhilfe zusammen mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) zu diskutieren. Eine gemeinsame Grundverständigung sowie ein kontinuierlicher Diskussionsprozess von BMFSFJ, Kinder- und Jugendhilfe und Behindertenhilfe ist hierbei Voraussetzung für einen guten funktionierenden Dialog. Das Dialogforum nutzt deshalb bewusst die Ideen und das Zusammenwirken aller am Prozess beteiligten Akteursgruppen. Daher fußt es auf zwei Säulen:

- Einer für alle interessierten Fachkräfte bestehenden Plattform für den öffentlichen Erfahrungsaustausch („Face to Face“) über die Reform des SGB VIII und damit verbundene Zukunftsfragen der Kinder- und Jugendhilfe insgesamt,
- Expertengesprächen, in denen sich leitende Fach- und Führungskräfte mit inhaltlichen Aspekten einer zukünftigen „Großen Lösung“ bzw. inklusiven Kinder- und Jugendhilfe auseinandersetzen.

Das Dialogforum „Bund trifft kommunale Praxis“ wird bis zum 31. März 2020 vom BMFSFJ gefördert und von einem Projektbeirat unterstützt. Dieser besteht aus Vertretern des BMFSFJ, Praktikern der öffentlichen und freien Jugendhilfe, Vertretern der kommunalen Spitzenverbände, der AGJ e.V., des AFET e.V., der Landesjugendämter, aus Mitgliedern der Behindertenhilfe, des Gesundheitswesens und der Wissenschaft, die dem Gremium beratend zur Seite steht.



Foto: Dialogforum, Difu

Folgende Veranstaltungen sind in 2018 geplant (Details siehe S. 21 – Veranstaltungen)

- 2. Plattform für öffentlichen Erfahrungsaustausch: Inhalte des Koalitionsvertrages in Bezug auf die Kinder- und Jugendhilfe, Inklusion und Teilhabe
- 6. Expertengespräch zum Thema: „Entscheidungen im Dialog – Beteiligungsverfahren in der inklusiven Kinder- und Jugendhilfe“
- 7. Expertengespräch zum Thema: „Verlässliche Kooperation und interdisziplinäre Fallverständigung mit der Schule sichern“
- 3. Plattform für öffentlichen Erfahrungsaustausch
- 8. Expertengespräch zum Thema: „Inklusion und Teilhabe in der Kommune: Gleiche Qualität für alle – welche Qualitätsmerkmale braucht es dafür?“



www.jugendhilfe-inklusive.de



Dipl.-Soz.

Kerstin Landua

+49 30 39001-135

landua@difu.de

Radverkehrspolitik erfolgreich umsetzen durch mehr Platz fürs Rad

Die 11. Fahrradkommunalkonferenz zu der sich am 6. und 7. November 2017 rund 250 Mobilitätsfachleute in Berlin trafen, stand unter dem Motto „Dem Rad Platz geben – Radverkehrspolitik erfolgreich umsetzen“.

Rund 250 Fachleute aus Kommunalverwaltungen, Landkreisen, Regionen und Landesbehörden trafen sich in Berlin zur Fahrradkommunalkonferenz, dem bundesweiten Forum der Radverkehrsverantwortlichen. Die Konferenz wird jährlich vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) und dem Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden durchgeführt. Gastgeber 2017 war das Land Berlin – vertreten durch die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz (SenUVK).

Norbert Barthle, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundeslandwirtschaftsministerium (bisher BMVI), formulierte in seiner Eröffnungsrede das Ziel, den in der Radverkehrsförderung erreichten Schwung aufzunehmen und auf die nächsten Jahre zu übertragen. Er hob die Bedeutung der Fahrradkommunalkonferenz als wichtigstes Netzwerkevent Deutschlands für die Fahrradfachwelt hervor. Barthle betonte besonders, dass das Fahrrad, angesichts der guten Pedelec-Verkaufszahlen, den Sprung in die E-Mobilität bereits geschafft habe. Auch die Digitalisierung soll den Radverkehr – mit Unterstützung des BMVI – noch weiter voranbringen.

Regine Günther, Berliner Senatorin für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz, unterstrich anhand aktueller Umfragezahlen die Veränderung des Mobilitätsverhaltens, insbesondere in den Metropolen. Die Senatorin mahnte den Handlungsbedarf an, der durch die Probleme der Umweltverschmutzung und Gesundheitsgefährdung verursacht werde und nannte – als Teil der Lösung – die Förderung umweltfreundlicher Verkehrsarten. Dieser Umwandlungsprozess gehe aber, so betonte Günther, nicht von heute auf morgen, denn es seien dauerhafte Lösungen – „die langfristig tragbar und überzeugend sind“ – gefragt. Dabei müsse die Zivilgesellschaft einbezogen werden.

Hilmar von Lojewski, Beigeordneter des Deutschen Städtetages für Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen und Verkehr, sprach im Namen der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände zum Thema „Zwischen Fahrradstraße und Radschnellweg – Gutes Fahrradklima für die Stadt“. Er betonte: „Das Fahrrad und die

Radverkehrsförderung haben eine herausragende Bedeutung für die Städte, Landkreise und Gemeinden in Deutschland“ (...) „Fahrradfahren und Zufußgehen sollten als die wirklich emissionsfreien Verkehrsarten viel stärker in den Fokus genommen werden“.

Neben einer Podiumsdiskussion mit bekannten „Gesichtern der Radverkehrsförderung“, Thematischen und weiteren Vorträgen, widmeten sich die Anwesenden in Arbeitsgruppen weiteren Themen: Zielgruppen des Radverkehrs, Prozesse und Strukturen in Politik und Verwaltung, mehr Platz für Umweltverbund/Flächenumverteilung in der Praxis sowie Radschnellwege.

Auch internationale Erfahrungen wurden einbezogen, beispielsweise im Rahmen des Vortrages von Bonnie Fenton vom Büro Rupprecht Consult „Lernen von Nordamerika im Radverkehr!? Innovative Lösungen vom Autokontinent“. Fenton nahm die aktuelle deutsche Diskussion zur Radverkehrssicherheit zum Anlass, einen Blick auf die andere Seite des Atlantiks zu werfen, um Lösungen aus dem Bereich Infrastruktur und Kommunikation vorzustellen, die einen Beitrag leisten könnten, noch mehr Radverkehr anzuregen.



Foto: Alexander Hunger

Die nächste Fahrradkommunalkonferenz findet am 19./20. November 2018 in der Gastgeberstadt Osnabrück statt.



www.bit.ly/2t9ewtb
www.bit.ly/2lmsaAN



Alexander Hunger
+49 30 39001-138
hunger@difu.de

Welche Mobilitätskonzepte helfen bei der Verkehrswende?

Mit Blick auf drohende Fahrverbote für Dieselfahrzeuge diskutierten Kommunen, Unternehmen und Verbände im Difu-Seminar „Verkehrswende in Stadt und Umland – Stadtverträgliche und emissionsfreie Mobilität“ über Möglichkeiten einer wirksamen Lösung.

Inhaltlich passender hätte der Zeitpunkt für das Seminar kaum sein können: Die Koalitionsverhandlungen für eine neue Regierung erfolgten parallel in Berlin, vor allem aber warteten die Kommunen auf das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig zu den Sprungrevisionen von Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg gegen erstinstanzliche Entscheidungen der Verwaltungsgerichte Düsseldorf und Stuttgart. Fahrverbote konnten eine zulässige Folge werden, um die Immissionsgrenzwerte für Stickoxide in den Städten einzuhalten.

Die verschiedenen Vorträge verdeutlichten, dass es Bewegung im Akteursspektrum für eine Verkehrswende gibt. Überraschenderweise seien dafür aber weniger die mangelnde Luftqualität oder drohende Fahrverbote ursächlich. Dr. Thomas Sauter-Servaes zeigte, dass insbesondere das Smartphone das Potenzial hat, Nutzergewohnheiten zu verändern und Geschäftsmodelle für Unternehmen zu ermöglichen. Ebenso wie Prof. Dr.-Ing. Felix Huber hob er jedoch hervor, dass die Effizienzversprechen der Digitalisierung nicht überschätzt werden dürfen. Die derzeitige, nicht ausgelastete Pkw-Flotte sei auch eine Art „Schatten-ÖPNV“. Das Ziel lebenswerter Städte und Gemeinden könne nicht ein „Starbucks auf Rädern“ sein.

Konkrete kommunale Erfolgsbeispiele machten die Handlungsmöglichkeiten sichtbar. Dr. Tina Wagner griff das breite Spektrum an Mobilitätskonzepten auf, die der Stadtstaat Hamburg anwendet. Er nutzt dabei auch die Möglichkeit der strategischen Kooperation mit verschiedenen Industriepartnern, um Lösungen zu erproben, etwa im Bereich des elektrifizierten Carsharings oder des Ridesharing.

Thomas Madreiter, Planungsdirektor der Stadt Wien, zeigte, wie eine Smart-City-Strategie als Hebel zur Erfüllung von CO₂-Reduktionszielen dienen kann. Deutlich wurde: Die Probleme des Klimawandels müssen in den Städten gelöst werden. Madreiter plädierte für das Leitbild einer kompakten Stadt. In Wien funktioniert die Entkopplung von realer Fahrleistung und Bevölkerungswachstum. Ein effektives Instrument hierzu ist das 365-Euro-Jahres-Ticket für den ÖPNV.

Dr. Michael Münter aus Stuttgart befasste sich mit der für die Stadt aktuellen Frage von Verkehrsbeschränkungen. Als kurzfristige Maßnahme zur Senkung der Stickoxid-Emissionen wendet die Stadt das freiwillige Instrument des Feinstaubalarms an. Die Bereitschaft umzusteigen und das Auto stehen zu lassen, sei jedoch (noch) gering. Positiv entwickelt sich unter anderem das interkommunale Bikesharing-System in und um Stuttgart.

Nach weiteren positiven Beispielen aus der Region Hannover mit ihrem integrierten Verkehrsentwicklungsplan pro Klima und von dem Zukunftsnetz Mobilität NRW schloss das Seminar mit einer Podiumsdiskussion zum Thema „Car2go statt ‚Bus2wait‘? Wie sollen sich Kommunen und ÖPNV-Betriebe für die Verkehrswende aufstellen?“.

Niels Hartwig, Referatsleiter im Bundesverkehrsministerium, Marion Jungbluth vom Verbraucherzentrale-Bundesverband, Dr. Volker Deutsch vom Verband Deutscher Verkehrsunternehmen und Dr. Münter diskutierten auf dem Podium und stellten sich den Fragen der Teilnehmenden. Sie zeigten sich ebenso optimistisch, dass eine Verkehrswende nun tatsächlich umgesetzt werden wird.



In dem Austausch wurde hervorgehoben, dass es weiterhin gelte, die ‚klassischen‘ Fragen der ÖPNV-Finanzierung anzugehen. Eine „vernünftige“ Verkehrspolitik beinhalte auch restriktive Maßnahmen und sie fokussiere ebenso den Rad- und Fußverkehr. Nötig sei ein gesetzlicher Rahmen für die Funktionsmischung in der Stadt.



www.difu.de/11753
www.difu.de/11252



Dipl.-Volkswirt
Tilman Bracher
+49 30 39001-260
bracher@difu.de

Dr. Kirstin Lindloff
+49 30 39001-204
lindloff@difu.de

Aktionstage zum kommunalen Klimaschutz in 18 Kommunen

Unter dem Motto „Wir können Klimaschutz“ veranstalten Kommunen aus ganz Deutschland in diesem Jahr Aktionstage, um ihr besonderes Engagement und ihre nachahmenswerten Aktionen für den Klimaschutz gut sichtbar zu machen.

Kommunen aus ganz Deutschland machen in diesem Jahr ihr Engagement für den Klimaschutz besonders gut sichtbar: Bei Aktionstagen mit Mitmachaktionen für die Bürger steht der Spaß am Klimaschutz im Mittelpunkt. Initiiert wurden die Aktionstage vom Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK) im Auftrag des Bundesumweltministeriums. Bei einem Workshop haben sich die Aktionskommunen nun erstmals persönlich vernetzt. Zivilgesellschaft und Wirtschaft geben dabei neue Impulse für die Zukunft im demografischen Wandel.

Expertise im kommunalen Klimaschutz plus Organisationstalent ergibt einen erfolgreichen Aktionstag – soweit die Theorie. Worauf es aber in der Praxis ankommt, damit ein Aktionstag zum Erfolg wird, darum ging es an einem Januarvormittag im dbb-Forum in Berlin. Alle Teilnehmenden veranstalten in diesem Jahr unter dem Motto „Wir können Klimaschutz“ einen Aktionstag in ihrer Kommune. Das am Difu angesiedelte SK:KK begleitet und vernetzt die Kommunen.



Foto: Taina Niederwipper

Einer von ihnen ist Stephan Latzko. Er ist seit 2016 Klimaschutzmanager der Hansestadt Stralsund und setzt den Aktionstag federführend um. „Kommunen übernehmen im Klimaschutz in Deutschland eine Vorreiterrolle. Durch Aktionstage werden auch die Bürger über regionale Aktivitäten und Initiativen informiert und zum Mitmachen im eigenen Alltag motiviert“, sagt Latzko. Klimaschutz wird oft noch als Phänomen wahrgenommen, das politisch auf EU-Ebene oder international verhandelt wird. Die bundesweiten Aktionstage verdeutlichen, dass Klimaschutz bei jedem Einzelnen anfängt.

Die Aktionskommunen stellen ein buntes Programm auf die Beine, das die Menschen begeistert, die im Alltag schon Klimaschutzprofis sind, genauso wie solche, die es noch werden wollen. Mitmachaktionen sollen nicht nur zeigen, dass sich die Kommunen auf vielfältige Weise für den Klimaschutz engagieren, sondern auch, dass es Spaß macht, bewusst zu konsumieren, das Auto zu Gunsten des Fahrrads mal stehen zu lassen oder ein kaputtes Radio zu reparieren statt ein neues zu kaufen.

Nicht alle im Workshop haben so viel Erfahrung wie der Klimaschutzmanager aus der Hansestadt. Manche Teilnehmenden sind zum ersten Mal dafür verantwortlich, den Marktplatz etwa in ein Zukunftslabor oder das Gemeindehaus in ein Upcycling-Café zu verwandeln. Zudem sind Bedingungen und Bedürfnisse in den Kommunen unterschiedlich. Die Aktionskommunen verteilen sich über ganz Deutschland, von der Nordsee bis zur Schweizer Grenze, sind klein, mittel oder groß, ländlich oder städtisch geprägt. Was sie jedoch verbindet: Sie alle wollen anspruchsvolle Klimaschutzthemen in Aktionsformaten umsetzen, die viele Menschen vor Ort begeistern.

Entscheidend für den Erfolg eines Aktionstages ist vor allem eins: Rückenwind. Wer seine Bürgermeisterin oder den Landrat nicht hinter sich weiß, werde es schwer haben, wichtige Akteure wie etwa die Stadtwerke hinter sich zu bringen, sagt auch Stephan Latzko, der sich auf die Unterstützung von Oberbürgermeister Alexander Badrow verlassen kann. So wie er sind die meisten überzeugt, dass der Aktionstag in ihrer Kommune mit der nötigen Rückendeckung ein Erfolg wird. Als das Ende des Workshops naht, wird klar: Lange ist es nicht mehr hin, bis es heißt „Stralsund kann Klimaschutz“ – die Hansestadt machte am 28. April den Auftakt. Mit im Boot sind auch die Stadt Arnshausen, die Stadt Ulm, die Stadt Eberswalde, der Ilm-Kreis, der Landkreis Lüneburg, die Stadt Lörrach, der Kreis Rendsburg-Eckernförde, die Stadt Bad Hersfeld, die Stadt Bremerhaven, der Landkreis Teltow-Fläming, der Landkreis St. Wendel, die Stadt Wernigerode, die Stadt Pirna, die Stadt Ebersberg, die Stadt Fulda, der Landkreis Bayreuth sowie das Umweltfestival in Berlin.



www.bit.ly/2FIDzcn



Ilka Müller, M.A.
+49 30 39001-185
imueller@difu.de

Taina Niederwipper, M.A.
+49 30 39001-172
niederwipper@difu.de

Überflutungsvorsorge ist eine kommunale Gemeinschaftsaufgabe

Teilnehmende aus Stadtplanung, Stadtentwässerung und Grünflächenplanung diskutierten auf einer Fachtagung in Hamburg die kommunale Gemeinschaftsaufgabe vor dem Hintergrund zunehmender Starkregeneignisse.



Foto: Anna-Kristin Jolk



Konferenzzentrum der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (BSW) der Freien und Hansestadt Hamburg.

Rund 130 Vertreter aus Kommunalverwaltungen, Betrieben sowie Wissenschaft folgten am 26. Februar 2018 der Einladung des Difu ins Konferenzzentrum der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (BSW) der Freien und Hansestadt Hamburg. Die Fachtagung wurde gemeinsam von der BSW, der Behörde für Umwelt und Energie (BUE), von HAMBURG WASSER sowie dem Difu veranstaltet. Kooperationspartner waren der Deutsche Städtetag (DST) und die Deutsche Vereinigung für Wasser und Abfall e.V. (DWA).

Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt (BSW), Senator Jens Kerstan (BUE), Nathalie Leroy (HAMBURG WASSER), Otto Schaaf (DWA) und Detlef Raphael (DST) machten bereits zu Beginn der Veranstaltung deutlich, dass eine erfolgreiche Umsetzung von Maßnahmen der kommunalen Überflutungsvorsorge in hohem Maße von einer effektiven interdisziplinären Zusammenarbeit abhängt – „notfalls abseits von formalen Verantwortlichkeiten“.

Herzstück der im Rahmen des Difu-Projekts „Kommunale Überflutungsvorsorge – Planer im Dialog“ durchgeführten Fachtagung war ein Podiumsgespräch, an dem neben Vera Völker (Difu) und Prof. Dr. Marc Illgen (DAHLEM Beratende Ingenieure GmbH & Co.) vier kommunale Sprecher stellvertretend für die am Projekt beteiligten Regionen bzw. 15 Städte teilnahmen. Im Gespräch mit Moderatorin Cornelia Rösler vom Difu schilderten Bettina Müller (Stadtplanungsamt der Stadt Bonn), Anne Theobald (Stadtentwässerung der Stadt Kaiserslautern), Rolf Warschun (Umweltamtsleiter der Stadt Magdeburg) und Dietmar Peuker (Amt für Verkehr und Straßenbau der Stadt Oldenburg) die Erkenntnisse sowie

eigene Erfahrungen. Im Rahmen des durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) geförderten und im März abgeschlossenen Projekts konnten die beteiligten Städte in Werkstätten wertvolle Grundlagen und Erfahrungen für die Entwicklung von Prozessen zur Überflutungsvorsorge sammeln und austauschen. Die Sprecher betonten die Verbesserung der ressortübergreifenden Zusammenarbeit als wichtiges Anliegen und Projektergebnis. Unsicherheit besteht in vielen Städten beim Umgang mit Starkregengefahrenkarten. Das Thema Bereitstellung von Daten zur Überflutungsvorsorge ist zu klären und die Sensibilisierung von Verwaltung, Politik, Investoren und Bürgern muss weiter vorangetrieben werden.

Einleitend zu den Fachforen wurden von Anna-Kristin Jolk und Luise Willen (Difu) übertragbare Handlungsempfehlungen für Kommunen vorgestellt sowie der Output eines Expertengesprächs von Dr. Friedrich Hetzel (DWA) zur Diskussion gestellt. Die Teilnehmenden diskutierten u.a. die Veröffentlichung von Starkregengefahrenkarten, die Gebührenfähigkeit investiver Maßnahmen und Öffentlichkeitsarbeit, die als wichtiges und notwendiges Instrument „gegen Gedächtnisschwund“ verstärkt eingesetzt werden müsse.

Im Input „Multifunktionale Flächen als innovativer und fachübergreifender Ansatz für die Überflutungsvorsorge“ zeigte Dr. Jan Benden von MUST Städtebau anhand von Planungsbeispielen in Köln, Karlsruhe und Wesseling die Vorteile der Mehrfachnutzung von Flächen auf.

In einem Dreiklang aus Umwelt, Stadtentwässerung und Stadtplanung präsentierten Dr. Anna-Gesa Meier, Dr. Franziska Meinzingler und Alexander Krumm die spezifischen Herausforderungen der Freien und Hansestadt Hamburg. Sie erläuterten das 2015 abgeschlossene Projekt RISA (RegenInfrastrukturAnpassung) und zeigten erfolgreich umgesetzte Pilotprojekte Hamburgs.

Felix Gruber (DBU) betonte im Gespräch mit Cornelia Rösler die Wichtigkeit der kommunalen Überflutungsvorsorge-Aktivitäten. Er motivierte die Anwesenden, die Förderangebote der DBU zu nutzen und sich dazu mit Forschungseinrichtungen und Unternehmen zusammenzuschließen.



www.difu.de/11591
www.difu.de/10483



Dipl.-Ing. Vera Völker
+49 221 340308-14
voelker@difu.de

Dipl.-Geogr.
Anna-Kristin Jolk
+49 221 340308-22
jolk@difu.de

Dipl.-Geogr. Luise Willen
+49 221 340308-19
willen@difu.de

Energie- und Klimaschutzexperten beraten Zukunftsfragen

Deutscher Fachkongress für kommunales Energiemanagement tagte in der Landeshauptstadt Stuttgart unter dem Motto „Energiewende konkret“! Was leisten Kommunen, Land und Bund?

Aktuelle Herausforderungen im Energiemanagement und beim Erreichen gesetzter Klimaschutzziele standen am 9. und 10. April im Fokus des 23. Deutschen Fachkongresses für kommunales Energiemanagement, den das Difu gemeinsam mit der Landeshauptstadt Stuttgart als Gastgeberin veranstaltete. Im Stuttgarter Rathaus trafen sich mehr als 200 überwiegend kommunale Experten für Energie- und Klimaschutzmanagement zum intensiven Fachaustausch. Wie sieht die CO₂-Bilanz Deutschlands im Jahr 2050 aus? Was müssen Kommunen heute entscheiden, was müssen sie intensiv vorantreiben, um einen effektiven Beitrag zur Minderung von CO₂-Emissionen zu leisten? Und was bedeutet das konkret für die Energiewende vor Ort? Die Bundesregierung hat sich das Ziel gesetzt, bis 2050 die Treibhausgasemissionen gegenüber dem Jahr 1990 um 80 bis 95 Prozent zu mindern. Die Kommunen sind dafür wichtige Partner. Es ging daher auch um die Frage, welche Unterstützung die Kommunen von Bund und Ländern bei der Umsetzung ihres professionellen Energiemanagements und ihrer ambitionierten Klimaschutzprojekte erhalten.

Fritz Kuhn, Oberbürgermeister der Stadt Stuttgart, eröffnete den Kongress: „Die Städte, die heute hier vertreten sind, repräsentieren 20 Prozent des deutschen Energieverbrauchs. In den Städten stehen wir bei der Energiewende vor ganz anderen Herausforderungen als auf dem Land. In Stuttgart haben wir beispielsweise einen sehr hohen Industrieanteil.“ Kuhn äußerte sich auch dazu, wie in Stuttgart an der Energiewende gearbeitet wird: „Wir haben uns das Ziel gesetzt, dass wir 2050 unseren Strom nur noch aus erneuerbaren Energien beziehen. Dazu arbeiten zahlreiche Akteure zusammen: wir als Stadtverwaltung, unsere Stadtwerke und ein großes Netz von Firmen. Und auch die Bürger können viel zum Erreichen dieses Ziels beitragen.“ Franz Untersteller, Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft des Landes Baden-Württemberg, berichtete über den Stand der Energiewende im Land und das gute Zusammenspiel mit den Kommunen: „Die Energiewende ist mehr als der Ausbau der Erneuerbaren. Auch Energieeffizienz, Energie sparen und die Optimierung des Energieverbrauchs spielen eine bedeutende Rolle auf dem Weg in die neue Energiewelt. Controlling, Betriebsoptimierung

und verbessertes Nutzerverhalten sind dabei entscheidende Stellschrauben, die kommunale Energiemanager in ihrer täglichen Arbeit maßgeblich beeinflussen.“ Energiemanagement sei eine Daueraufgabe, die ohne engagierten Einsatz der kommunalen Akteure nicht gestemmt werden könne.



Foto: Stadt Stuttgart

Außerdem stand das Thema „Masterplankommunen 100 % Klimaschutz“ auf der Tagesordnung: Kommunen, die bis 2050 ihre Treibhausgasemissionen um 95 Prozent gegenüber 1990 und den Endenergieverbrauch um 50 Prozent senken wollen. Tobias Brenner vom Bundesumweltministerium berichtete über die aktuellen Anforderungen an die insgesamt 41 ausgewählten Kommunen. Cornelia Rösler, Leiterin des Forschungsbereichs Umwelt beim Deutschen Institut für Urbanistik, unterstrich im anschließend von ihr moderierten Podiumsgespräch mit vier Masterplankommunen: „Die vom Bundesumweltministerium geförderten Masterplankommunen sollen Vorbild für andere Kommunen sein und nicht nur zeigen, wie CO₂-Emissionen effektiv gemindert werden können, sondern auch, welchen Beitrag Kommunen zur Energiewende leisten können.“

Der Kongress bot 18 Workshops aus den Bereichen „Energie im Gebäudemanagement“, „Energieeffizienz“, „Erneuerbare Energien“ und „Kommunikation – Motivation – Partizipation“. Kooperationspartner waren der AK „Energiemanagement“ des Deutschen Städtetages, der Deutsche Städtetag, der Deutsche Städte- und Gemeindebund, der Deutsche Landkreistag. Förderer: Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg, Landesbank Baden-Württemberg und Stadtwerke Stuttgart.



www.bit.ly/2K5v6Cy



Anna Hogrewe-Fuchs
+49 221 340308-16
hogrewe-fuchs@difu.de

Dipl.-Ing. Cornelia Rösler
+49 221 340308-18
roesler@difu.de

Forschungsagenda zum urbanen Umweltschutz veröffentlicht

Wissenstransfer, Dialog und Netzwerken standen im Mittelpunkt der Konferenz zur Forschungsagenda mit rund 250 Teilnehmenden aus Forschung, Kommunen, Unternehmen, Ministerien und nachgeordneten Behörden.

In einer vom Umweltbundesamt (UBA) und dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) veranstalteten Konferenz am 12. April 2018 in Berlin wurde die neu entwickelte strategische Forschungsagenda des UBA zum urbanen Umweltschutz erstmals der Fachöffentlichkeit präsentiert. Unter dem Motto „Urbaner Umweltschutz – Weichenstellung für eine umweltorientierte Stadtentwicklung“ wurden die Forschungsagenda und ihre Themen sowie die Herausforderungen bei der Realisierung von neuen Konzepten des urbanen Umweltschutzes zur Diskussion gestellt.

Wissenstransfer, Dialog und Netzwerken standen auch im Mittelpunkt der Konferenz zur Forschungsagenda mit 250 Teilnehmern aus Forschung, Kommunen, Unternehmen, Ministerien und nachgeordneten Behörden sowie aus Verbänden und Zivilgesellschaft. Diese diskutierten im Plenum und in sechs parallelen Fachforen die Themen der Agenda. Das Difu übernahm in enger Abstimmung mit dem UBA die Konzeption und Organisation der Konferenz. Darüber hinaus waren Difu-Experten als fachliche Moderatoren bzw. Impulsgeber in die Veranstaltung eingebunden, u.a. in Themenforen zur ressourcen- und umweltschonenden Entwicklung von Städten und Infrastrukturen sowie zur Umweltgerechtigkeit durch eine umweltfreundliche, sozial gerechte, gesunde und grüne Stadtentwicklung.

Mit der Forschungsagenda, die zukünftige Forschungsschwerpunkte identifiziert, wird der Stellenwert des Themas „Urbaner Umweltschutz“ als eine Querschnittsaufgabe im UBA sichtbar. Im Kern geht es dabei um eine an Umweltqualitätszielen ausgerichtete Entwicklung von Siedlungsräumen, die Aspekte einer umweltorientierten, sozial verträglichen und gesundheitsfördernden urbanen Entwicklung eng verzahnt. Eine herausragende Rolle spielt dabei die fachdisziplinenübergreifende Zusammenarbeit bei der Entwicklung und Erarbeitung von Lösungsmodellen und Forschungsergebnissen.

Die Forschungsagenda identifiziert drei interdisziplinär ausgerichtete Themencluster sowie drei Querschnittsthemen und formuliert hierzu wesentliche Forschungsfragen. Beim Themencluster



Foto: Peggy König/UBA

„Umweltschonende, sozialverträgliche und gesundheitsfördernde Stadtentwicklung“ stehen die verschiedenen Nutzungsansprüche im urbanen Raum und daraus resultierende umweltbezogene Synergien und Zielkonflikte mit sozialen und ökonomischen Aspekten der Stadtentwicklung im Mittelpunkt. Das Themencluster „Umweltschonende urbane Ressourcennutzung und regionale Kreislaufwirtschaft“ fokussiert auf die Ressourcennutzungen im urbanen Raum mit dem Ziel urbane Stoffströme zu etablieren bzw. unter Umweltgesichtspunkten zu optimieren. Das Themencluster „Umweltschutz durch abgestimmte Stadt- und Infrastrukturentwicklung“ beschreibt die resiliente, umweltschonende und sozialverträgliche Gestaltung von siedlungsbezogenen Infrastrukturen. Hier wird im Hinblick auf Potenziale für eine umweltorientierte Transformation urbaner Infrastrukturen ein besonderes Augenmerk auf sektor-übergreifende Schnittstellen gelegt. Quer zu den Themenclustern liegen die Themen „Smart Cities und Digitalisierung im urbanen Raum“, „Governance, Partizipation und Finanzierung“ und „Stadt-Land-Beziehungen“.

Mit den fachübergreifenden Themen und Forschungsfragen adressiert die Forschungsagenda sowohl Forschungseinrichtungen als auch Entscheidungsträger und umsetzende Akteure in Behörden, Kommunen, Verbänden, zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie weitere Multiplikatoren.



www.bit.ly/2Fci8iY



Dipl.-Ing. agr.
Thomas Preuß
+49 30 39001-265
preuss@difu.de



Joachim Hahn †

Joachim Hahn, langjähriger Leiter des Amts für Stadtentwicklung und Statistik der Stadt Heidelberg, starb unerwartet am 10. Dezember 2017 im Alter von 60 Jahren. Das Difu verbindet mit ihm eine hervorragende, vertrauensvolle Zusammenarbeit und trauert um einen hochgeschätzten Kooperations- und Gesprächspartner. Nachdem Joachim Hahn im Februar 1991 zunächst als wissenschaftlicher Mitarbeiter für die Stadt zu arbeitete, wurde er ein Jahr später stellvertretender Amtsleiter des neu gegründeten Amts für Stadtentwicklung und Statistik. Im November 2008 übernahm Hahn die Leitung und wurde nicht nur zur engagierten Führungskraft, sondern auch zum Vertreter der Stadt Heidelberg in zentralen Ausschüssen des Deutschen und Baden-Württembergischen Städtetages. Für das Difu war er fachlich und menschlich ein hochgeschätzter Kooperationspartner, ob bei den Difu-Jahrestreffen der Städtevertreter oder in verschiedenen Fachveranstaltungen – wir werden seine fachliche Expertise, aber auch seine persönliche Art sehr vermissen.

Lena Bendlin

arbeitet seit Januar 2018 im Forschungsbereich „Infrastruktur, Wirtschaft und Finanzen“ am Difu-Standort Berlin. Ihr Aufgabenfeld liegt im neu gestarteten „Synthese- und Vernetzungsprojekt Zukunftsstadt“. Lena Bendlin hat Politikwissenschaften mit dem Schwerpunkt European Studies an der Westfälischen Wilhelms-Universität (WWU) Münster sowie dem Institut d' Etudes Politiques (IEP) de Lille, Frankreich, studiert. Vor ihrer Tätigkeit am Difu war sie zuletzt an der Freien Universität Berlin tätig, wo sie im Fach Politikwissenschaft zum Thema „Orchestrating Local Climate Policy in the European Union. Intermunicipal Coordination and the Covenant of Mayors in Germany and France“ promoviert wurde.

Lalida Große

arbeitet seit Mitte Januar 2018 im Forschungsbereich Stadtentwicklung, Recht und Soziales des Difu am Standort Berlin. Sie ist im Rahmen des Projekts „Dialogforum ‚Bund trifft kommunale Praxis‘ – Inklusive Kinder- und Jugendhilfe aktiv miteinander gestalten“ als Assistentin für das Veranstaltungsmanagement zuständig. Als erste und bisher einzige Difu-Auszubildende durchlief sie bereits diverse Arbeitsstationen im Institut: Sie unterstützte die Allgemeine Verwaltung in den Bereichen Zentrale Dienste, Finanzen und Personal, die Stabstellen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und Redaktion/Vertrieb sowie Assistenzstellen im Forschungs- und Dienstleistungsbereich. Dabei schloss sie die Berufsausbildung zur Kauffrau für Büromanagement ab.

Dr. Jochen Roose

arbeitet seit Februar 2018 im Bereich Infrastruktur, Wirtschaft und Finanzen am Difu-Standort Berlin. Er studierte, promovierte und habilitierte an der Freien Universität Berlin im Fach Soziologie. Thematische Schwerpunkte seiner Arbeit sind Methoden der empirischen Sozialforschung, Partizipation (soziale Bewegungen, Engagement), Werte und Einstellungen, Nachhaltigkeit sowie Europäisierung. Zu diesen Themen hat er vielfältig Bücher, Artikel und Zeitschriftenbeiträge publiziert. Arbeitsstationen waren das Wissenschaftszentrum Berlin, die Universität Leipzig und die Freie Universität Berlin. Vertretungsprofessuren hatte er an der Universität Hamburg (Quantitative Methoden) und der Freien Universität Berlin (Makrosoziologie). Zuletzt arbeitete er als Professor für Sozialwissenschaften am Willy Brandt Zentrum der Universität Wrocław. Am Difu ist er in verschiedenen Projekten mit Umfragen und Indikatorenentwicklung beschäftigt.

Anna Krämer Straube

Anna Krämer Straube arbeitet seit Januar 2018 im Bereich Umwelt des Difu-Standorts Köln als Projektassistentin. Zuvor war sie bereits studentische Hilfskraft für den Forschungsbereich und in verschiedenen Projekten. Parallel dazu studiert Anna Krämer Straube Geographie an der Universität zu Köln mit den Nebenfächern Städtebau und Geologie. Anna Krämer Straube ist aktuell in den Projekten „Kommunale Klimabühne – Wettbewerb „Klimaaktive Kommune“ und Kommunale Klimakonferenz“ sowie KlimaPraxis – Klimaschutz in der kommunalen Praxis: Information, Motivation, Vernetzung“ tätig.

Julia Johanne Krebs

arbeitet seit Januar 2018 im Forschungsbereich Infrastruktur, Wirtschaft und Finanzen, wo sie am Difu-Standort Berlin die Assistenz verstärkt. Sie hat Übersetzungswissenschaften an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg studiert und an der Universität Leipzig einen Master of Arts Translatologie abgeschlossen mit den Hauptarbeitssprachen Deutsch und Englisch. Vor ihrer Tätigkeit am Difu war Julia Krebs an der Universität Leipzig angestellt und u.a. verantwortlich für ein Willkommensprogramm für internationale Studierende. Im Anschluss arbeitete sie als Fremdsprachensekretärin am Deutschen Zentrum für Integrative Biodiversitätsforschung, ebenfalls in Leipzig.

Abgebildete (v.l.n.r.)

Joachim Hahn † (Foto: Stadt Heidelberg), Lena Bendlin (Foto: Holger Hertling), Lalida Große (Foto: David Ausserhofer), Jochen Roose (Foto: Jörg Klam), Anna Krämer Straube (Foto: Tomy Badurina Fotografie), Julia Johanne Krebs (Foto: studioline 5 berlin GmbH & Co.KG).



Difu auf FutureMobility-Summit in Berlin präsent

Difu-Wissenschaftler Sebastian Bührmann gab im Rahmen des FutureMobility-Summit des Tagesspiegel am 10.4. in Berlin einen Input in der Session „Future Mobility – Wie sieht Mobilität in der Stadt und auf dem Land aus?“ Das Difu war Partner der zweitägigen Veranstaltung mit rund 1200 Teilnehmenden, auf der Akteure aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Verbänden und Gewerkschaften Fragen der Mobilität der Zukunft erörterten.

➔ www.bit.ly/2J2r8ND

Difu in Berliner Mobilitätsbeirat berufen

Das Difu ist in den Mobilitätsbeirat der Berliner Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz berufen worden. Die Beiratssitzung am 20.3., an der für das Difu Wissenschaftlerin Uta Bauer teilnahm, war Auftakt für die Erarbeitung des Gesetzesabschnitts im Berliner Mobilitätsgesetz, der die Förderung des Fußverkehrs zum Ziel hat. Der Gesetzentwurf wird im Dialog mit Verbänden, Initiativen, Bezirken und der Fachpolitik des Abgeordnetenhauses erarbeitet.

➔ www.bit.ly/2rWV4AY

Kongress Armut und Gesundheit mit Workshop „Mobil in der Stadt“

Die beim Difu angesiedelte AG Gesundheitsfördernde Gemeinde- und Stadtentwicklung führte am 20.3. in Berlin im Rahmen des Kongresses Armut und Gesundheit einen Workshop und ein Fishbowl zum Thema „Mobil in der Stadt – gesundheitsfördernd, umweltbewusst und sozialverträglich“ durch. Es wurde deutlich, dass die gesellschaftliche Teilhabe ein zentraler Gradmesser für Mobilität ist und sozial Benachteiligte in der Regel zwangsläufig umweltschonend mobil sind.

➔ www.bit.ly/2H3WDIQ

Fachtag zur Integration im ländlichen Raum in Halle

Difu-Wissenschaftlerin Gudrun Kirchoff hielt am 19.3. in Halle einen Impulsvortrag zu „Integration im ländlichen Raum“ im Rahmen des Fachtages „Neue Fäden im Bildungsnetz. Stiftungen als starke Partner für Kommunales Bildungsmanagement. Der Fachtag wurde von der „Transferinitiative Kommunales Bildungsmanagement für Mitteldeutschland“, der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung und dem Netzwerk Stiftungen und Bildung des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen organisiert.

➔ www.bit.ly/2qDejOa

Kinder- & Jugendhilfe: Dialogforum „Bund trifft kommunale Praxis“

Am 8. und 9.3. fand in Berlin die 1. Plattform für öffentlichen Erfahrungsaustausch im Rahmen des Dialogforums „Bund trifft kommunale Praxis“ statt. Thema war „Perspektivplanung in der Arbeit mit jungen Flüchtlingen und Hilfen zur Verselbstständigung“. Die Veranstaltung wurde von Difu-Institutsleiter Prof. Dipl.-Ing. Martin zur Nedden eröffnet und von Bruno Pfeifle, Beiratvorsitzender Dialogforum, sowie Kerstin Landua, Difu, moderiert.

➔ www.bit.ly/2G9RtaY

Verwaltung trifft Beteiligung und Transparenz

Am 1. und 2.3. veranstalteten das Difu, die Heinrich Böll Stiftung sowie das Bildungswerk für alternative Kommunalpolitik (BiWAK e.V.) die gemeinsam konzipierte Fachtagung „Verwaltung trifft Beteiligung. Zwischen Amt und Bürger/innen: Krisen und Chancen“. Difu-Wissenschaftlerinnen Dr. Stephanie Bock und Dr. Bettina Reimann moderierten Foren & Podien.

➔ www.difu.de/11658

Die digitalste Stadt: Berufung in Stiftungsbeirat

Difu-Wissenschaftler Dr. Jens Libbe wurde in die Jury für den Stiftungspreis 2018 „Die digitalste Stadt“ der Stiftung Lebendige Stadt berufen. Prämiert werden Städte, die ihre Digitalisierungsstrategie als zentrale Querschnittsaufgabe verfolgen und bereits Projekte im Rahmen dieser Strategie realisiert haben.

➔ www.bit.ly/2BwdDBx

Flächenentwicklung durch städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen

Prof. Dr. Arno Bunzel hielt am 23.2. auf dem von der Stadt Frankfurt am Main in Kooperation mit der Gesellschaft für Wirtschaft, Arbeit und Kultur – Regio Rhein-Main e.V. (GEWAK) und dem Institut für Wirtschaft, Arbeit und Kultur – Goethe-Universität Frankfurt am Main (IWAK) durchgeführten Symposium „Aktive Flächenentwicklung durch städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen“ den Vortrag „Städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen – Chancen, Grenzen, Alternativen“.

➔ www.bit.ly/2HLUWtB

Integration braucht (guten) Wohnraum!

Difu-Wissenschaftlerin Ricarda Pätzold moderierte am 1.2. in Berlin in der Reihe „Integration im Dialog 2018“ des Beauftragten des Berliner Senats für Integration und Migration die Fishbowl-Diskussionsrunde „Integration braucht (guten) Wohnraum!“. Difu-Wissenschaftler Wolf-Christian Strauss beteiligte sich als Experte an der Themeninsel „Ideenschmiede – Wege zum Wohnraum neu denken!“

➔ www.bit.ly/2DEwU0N

➔ www.bit.ly/2q2M5fJ

Berufung in Beirat „Stadt weiterbauen im Blankenburger Süden“

Difu-Wissenschaftlerin Sandra Wagner-Endres wurde in den Projektbeirat für das Stadtentwicklungsprojekt „Stadt weiterbauen im Blankenburger Süden“ berufen. Der Projektbeirat hat die Aufgabe, vorbereitende Untersuchungen für eine potenzielle städtebauliche Entwicklungsmaßnahme „Blankenburger Süden“ zu begleiten und als Konsultationsgremium die Wissensbasis für Entscheidungen durch die dafür demokratisch legitimierten Entscheider – die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen, den Senat als kollektives Beschlussgremium oder/und das Abgeordnetenhaus – zu verbreitern.


➔ www.bit.ly/2DD3RLn


Fotos (v.l.n.r.)


Dialogforum, Jessica Schneider; Pixabay; Verwaltung trifft Beteiligung, stephan-roehl.de, Creative Commons: www.bit.ly/1I05TIB; Pixabay.



Online-Infos für Difu-Zuwender und Öffentlichkeit

Im Difu-Inter- und Extranet sind Vorträge, Seminardokumentationen und -berichte, öffentlich zugängliche Online-Publikationen und viele weitere kommunalbezogene Informationen zu finden. Einige der Materialien sind exklusiv für Difu-Zuwender, daher lassen sie sich nur über das Stadtnetz bzw. ein Passwort öffnen. Zuwender gelangen auf der Difu-Homepage an diese exklusiven Infos über das Difu-Extranet. Im Berichte-Heft sind Exklusiv-Inhalte mit dem Symbol  gekennzeichnet.

Ausschließlich Rat und Verwaltung der Difu-Zuwenderstädte bzw. -verbände haben kostenfreien Zugang zum Difu-Extranet:  www.difu.de/extranet/


Städte bzw. Verbände, die zum Kreis der Difu-Zuwender gehören:  www.difu.de/institut/zuwender



Falls trotz Zuwenderstatus der Zugang ins Difu-Extranet nicht funktioniert, Probleme auftauchen oder Fragen auftreten, so unterstützt der Bereich Wissensmanagement des Difu gern bei der Herstellung des Zugangs:


Susanne Plagemann, M.A.
+49 30/39001-274
plagemann@difu.de


Veröffentlichungen zum Download


Difu-Berichte 2/2018
 www.bit.ly/2s1qCWd


Positionspapier „Integration in Bewegung bringen“ – Die Handlungsfähigkeit von Klein- und Mittelstädten stärken
 www.bit.ly/2rMkQ9Y


Umwelt- und Aufenthaltsqualität in urbanen Quartieren. Empfehlungen zum Umgang mit Dichte und Nutzungsmischung
 www.difu.de/11907
 www.bit.ly/2DDM32B



Städtebauförderung in NRW. Erfolgsfaktoren und Hemmnisse der Beantragung, Bewilligung und Abrechnung von Fördermitteln
 www.difu.de/11833

Klimaschutz & ländlicher Raum
Ideen und Impulse für erfolgreichen Klimaschutz in ländlichen Kommunen
 www.difu.de/11837

Ausgezeichnete Praxisbeispiele 2017
Klimaaktive Kommune 2017. Ein Wettbewerb des Bundesumweltministeriums und des Deutschen Instituts für Urbanistik
 www.difu.de/11824



Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten – sozialräumliche Integration, städtische Identität und gesellschaftliche Teilhabe
 www.difu.de/11829



Klimaschutz in Kommunen
Praxisleitfaden, 3. aktualisierte Auflage
 www.difu.de/11742



Graue Literatur zur Stadt-, Regional- und Landesplanung 2/2017
  www.difu.de/11743



Veranstungsdokumentationen



Wohnen auf kleinem Raum
  www.difu.de/11910



23. Deutscher Fachkongress für kommunales Energiemanagement – Fokus: Energiewende konkret!
  www.difu.de/11909



Neue Bussysteme in Stadt und Land – Vom Aschenputtel zur Königin des ÖPNV?
  www.difu.de/11914

Schulentwicklung auf dem Prüfstand – Herausforderungen, Handlungsbedarfe und Gestaltungsempfehlungen
  www.difu.de/11842



Wirtschaftsförderung 4.0 – Herausforderungen, Strategien, Trends
  www.difu.de/11805



Mit Starkregen umgehen – Integrierte Überflutungsvorsorge und Risikomanagement in Kommunen
  www.difu.de/11481



Wohnen nach Zahlen
Erfahrungsaustausch kommunale Wohnungsmarktbeobachtung
  www.difu.de/11569

Verkehrswende in Stadt und Land
  www.difu.de/11753

Vorträge

Quartiersentwicklung als Prozess – wer mit wem und wie?
Von Ricarda Pätzold
  www.difu.de/11867

Wie wird das wachsende Berlin zur „wassersensiblen“ Stadt?
Von Jan Trapp, Difu-Dialog
  www.difu.de/11838

Schulbau und „Bildungsarchitektur“ – unnötiger Luxus in Zeiten knapper Kassen?
Von Barbara Pampe, Difu-Dialog
  www.difu.de/11819



Presseresonanz – das Difu in den Medien:

In den nachfolgenden Beiträgen wurde das Difu erwähnt – in Form von Interviews, Zitaten, O-Tönen, Difu-Projekt-, -Veröffentlichungs- oder -Veranstaltungsnennungen. Die Links führen direkt zu den Beiträgen.

stern, 4.5.2018

Arm durch wohnen – von absurden Mieten und verzweifelten Menschen

Betroffene und Experten äußern sich: Die Mieten in Deutschland steigen weiter. Inzwischen fürchtet auch die Mittelschicht, aus ihren Vierteln gedrängt zu werden. Wie radikal soll die Politik reagieren? Vom Comeback einer fast sozialistischen Idee.

➔ www.bit.ly/2IS5Baa

rbb radioeins Radioday, 1.5.2018

Zimmer, Küche, Bad – Wie wollen wir wohnen?

Radioeins spricht mit Jens Libbe vom Deutschen Institut für Urbanistik über das Konzept der „Smart City“. Sozialwissenschaftler Andrej Holm analysiert den Gentrifizierungsgrad Berlins. Architekten und Stadtplaner der Fachhochschule Potsdam skizzieren die Häuser der Zukunft, Radioeins-Reporter sprechen mit Mietaktivisten und berichten aus dem Alltag von Obdachlosen.

➔ www.bit.ly/2KHpe26

Bayerische Gemeindezeitung, 8/2018

Neues Impulspapier des AK Kommunalen Klimaschutz

Eine wertvolle Orientierung für Klimaschutzaktivitäten vor Ort bietet sowohl Kommunalpolitik und -verwaltung als auch Klimaschutzmanagern das Impulspapier „Klimaschutz – Schnittstellen und Synergien innerhalb der Kommunalverwaltung“. Potenziale werden darin ebenso aufgezeigt wie mögliche Interessenkonflikte.

➔ www.bit.ly/2IUfzCZ

FAZ, 4.4.2018

So werden wir uns künftig in der Stadt bewegen!

Deutschlands Großstädte leiden unter Abgasen, Staus und Lärm. Das muss sich ändern: Das eigene Auto verliert an Bedeutung – Busse, Fahrräder und Leihwagen werden beliebter. Eine wichtige Rolle übernimmt dabei das Smartphone.

➔ www.bit.ly/2rXgJsa

brand eins, 4/2018

In der Schleife

Staus auf den Autobahnen, verstopfte Innenstädte, Luftverschmutzung – Deutschland hat ein Verkehrsproblem.

➔ www.bit.ly/2GjB3IW

Süddeutsche Zeitung, 30.3.2018

Schüler bauen mit

Die bisherigen Konzepte für den Schulbau gelten als überholt. Manche Kommunen lassen darum Lehrer und ihre Klassen mitentscheiden. Das dauert zwar länger, bringt aber bessere Ergebnisse, wie Beispiele zeigen.

➔ www.bit.ly/2Hueoy0

Bauwelt, 23.3.2018

Die Bodenfrage

Die Bodenpreise steigen und mit ihnen der Druck auf die Städte. Dabei liegen Instrumente für einen sozialverträglichen Umgang mit Grund und Boden längst auf dem Tisch. Ein Überblick über eine aufgeladene und überfällige Debatte.

➔ www.bit.ly/2JU649g

Süddeutsche Zeitung, 22.3.2018

Wohnen beim Discounter

Welche Chancen und Risiken die Überbauung von Supermärkten und anderen Gewerbeimmobilien hat, erklärt Martin zur Nedden, Geschäftsführer des Deutschen Instituts für Urbanistik.

➔ www.bit.ly/2qDgkuS

Westdeutsche Zeitung online, 12.3.2018

Warum Kommunen viele Fördergelder nicht nutzen

Für den Städtebau in NRW ist viel mehr Geld vorhanden, als abgerufen wird. Laut Studie fehlt Personal. Und der Aufwand ist zu groß.

➔ www.bit.ly/2HHssIV

Ostwestfälische Wirtschaft, 1.3.2018

„Balance zwischen Wohnen und Gewerbe finden“

Ricarda Pätzold vom Deutschen Institut für Urbanistik plädiert dafür, Entwicklungsmöglichkeiten nicht durch zu frühzeitige Flächenwidmungen einzuschränken.

➔ www.bit.ly/2FRgZkX

Echo online, 23.2.2018

Forschungsprojekt zur Integration in Michelstadt

Mit rund 30 Prozent liegt der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund in Michelstadt

gleichauf mit Hessen, das im Vergleich aller Flächenländer ganz oben rangiert. Wie es um die Integration dieser Menschen in die hiesige Gesellschaft bestellt ist, war am Mittwoch Thema eines Gesprächs im historischen Rathaus.

➔ www.bit.ly/2ENjfpT

fairkehr, 1/2018 (Februar/März)

Noch keine 7-Meilen-Schritte

Zufußgehen, die natürlichste Art, sich fortzubewegen, hat keine Lobby. Nur langsam denken Verwaltung und Politik um. Immerhin: Es geht voran, sogar im Bund.

➔ www.bit.ly/2FFPDuY

Focus online, 23.2.2018

Difu tagt mit bundesweitem Arbeitskreis Kommunalen Klimaschutz in Offenbach am Main

Offenbach hatte am Dienstag, 20. Februar, die Vertreter aus 16 Städten und Gemeinden, die sich auf bundesweiter Ebene im Arbeitskreis Kommunalen Klimaschutz, zusammengeschlossen haben, zu Gast.

➔ www.bit.ly/2GvgZW1

der freitag, 21.2.2018 (8/2018)

Eine Stadt für Reiche und Konzerne

Smart City: Laternen, die Gesichter scannen, vernetzte Effizienzhäuser: Hinter all dem steckt die voranschreitende Privatisierung urbanen Lebens.

➔ www.bit.ly/2tMQet7

Kontext: Wochenzeitung, 21.2.2018

Ein Revolutionszeichen

Potzblitz: Beim EnBW-Areal in Stöckach mischt sich die Kommunalpolitik tatsächlich in den Wohnungsmarkt ein. Das allein wird zwar den wuchernden Mietpreisen nichts entgegenzusetzen können. Doch es deutet ein zaghaftes Umdenken im Stuttgarter Rathaus an.

➔ www.bit.ly/2DqFRed

DEMO online, 20.2.2018

Integration und Digitalisierung sind wichtigste Herausforderungen der Städte

Welche Themen treiben die deutschen Stadt-oberhäupter besonders stark um? Eine neue Umfrage zeigt: Im vergangenen Jahr ist das Thema Digitalisierung immer wichtiger geworden.

➔ www.bit.ly/2GFCRhf



Deutsches Institut
für Urbanistik

Deutsches Institut
für Urbanistik gGmbH
Zimmerstraße 13-15
10969 Berlin
Tel. +49 30 39001-0
difu@difu.de
www.difu.de

